

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando
Bierteljährlich 2,50 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsprozentige Anzeigen
preis aber deren Raum 60 Pf., für
politische und gesellschaftliche Berichte
und Veranlassungs-Anzeigen 80 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das heißt die
ersten 20 Zeilen (jeweils 2 Zeilenbreite
Zeilen), jedes weitere Wort 10 Pf.,
Stellenanzeigen und Schließelanzeigen
bis zum ersten Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Wittwoch, den 8. März 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Neuer deutscher Erfolg in der Woivre-Ebene.

Die geplante Stempelsteuer.

Die Regierung scheint die Meinung jenes draven Nannes zu teilen, der, um den Schmerz zu mindern, seinem Hunde den Schwanz stückweise abhackte; deshalb verjetzt sie uns ihre Steuerprojekte nicht auf einmal, sondern Stück auf Stück.

In kurzen Worten läßt sich der Inhalt dahin zusammenfassen: es wird der Quittungszwang eingeführt bei allen Zahlungen die 10 M. übersteigen; der Zahlungsempfänger hat zu quittieren und soll auf jede Quittung im Betrage von 10 bis 100 Mark eine Stempelmarke für 10 Pfennig pappen, auf jede Quittung im Betrage über 100 Mark eine solche für 20 Pfennige.

Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Quittungszwang vor allem eine ganz erhebliche Erschwerung des Verkehrs bedeutet. Freilich, im Großhandel ist es seit langem eingebürgert, daß über jede Zahlung in dieser oder jener Weise quittiert wird und für den Großkaufmann bedeutet es eine verhältnismäßig geringe Erschwerung, wenn diese Quittungen mit der Stempelmarke versehen werden müssen.

Natürlich wird der Verkehr verteuert und es fragt sich, wer die Steuer tragen wird. In der Begründung wird angenommen, daß es die Verbraucher sind. Es heißt da: Daß, soweit die Abgabe von dem Gewerbetreibenden zu entrichten ist, dieser in der Lage sein wird, die Steuer, sei es unmittelbar, sei es mittelbar, auf den Verbraucher abzuwälzen, wird man ohne weiteres annehmen dürfen.

Unmittelbar kann die Steuer abgewälzt werden, indem der Verkäufer sich vom Käufer den Betrag für die Stempelmarke zurückerstaten läßt, mittelbar, indem man die Steuer auf den Preis schlägt. Im letzten Falle bleibt sie schließlich auf den letzten Verbrauchern haften, und das sind jedenfalls vor allem die großen Massen der werktätigen Bevölkerung.

Aber es ist durchaus nicht gesagt, daß die Abwälzung eintritt. Die Beträge sind klein und sie werden in vielen Fällen einfach auf die „Spesen“, auf die Geschäftskosten gerechnet werden müssen. In diesem Falle würde also die Steuer aus dem Unternehmerprofit gezahlt werden: die Spesen werden größer und dadurch der Profit geringer.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 7. März 1916. (B. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Kleine englische Abteilungen, die gestern nach starker Feuerbereinigung bis in unsere Gräben nordöstlich von Bermelles vorgebrungen waren, wurden mit dem Bajonett wieder zurückgeworfen.

In der Champagne wurde in überraschendem Angriff östlich von Maisons de Champagne unsere Stellung zurückgewonnen, in der sich die Franzosen am 11. Februar festgesetzt hatten. Zwei Offiziere, einhundertfünfzig Mann wurden dabei gefangen genommen.

In den Argonnen schoben wir nordöstlich von La Chalade im Anschluß an eine größere Sprengung unsere Stellung etwas vor.

Im Raasgebiet frische das Artilleriefuer westlich des Flusses auf, östlich davon hielt es sich auf mittlerer Stärke. Abgesehen von Zusammenstößen von Erkundungstrupps mit dem Feinde kam es zu Nahkämpfen nicht.

In der Woivre wurde heute früh das Dorf Fresnes mit stürmender Hand genommen. In einzelnen Häusern am Westrand des Ortes halten sich die Franzosen noch. Sie büßten über dreihundert Gefangene ein.

Eine unserer Luftschiffe belegte nachts die Bahnanlagen von Bar-le-Duc ausgiebig mit Bomben.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz. Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 7. März. (B. L. S.) Amtlich wird verlautbart, 7. März 1916:

Russischer Kriegsschauplatz.

Bei Karpilowka warfen Abteilungen der Armee des Generalobersten Erzherzog Josef Ferdinand den Feind aus einer Beschanzung und setzten sich darin fest.

Nordwestlich von Tarnopol vertrieb ein Österreichisch-ungarisches Streifkommando die Russen aus einem tausend Meter langen Graben. Die feindliche Stellung wurde zugeschnitten. Sowohl in dieser Gegend als auch am Dnjestr und an der bekaradischen Grenze war gestern die Geschäftstätigkeit beiderseits reger.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz. Lage unverändert. Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Dose, Feldmarschallleutnant.

von ein paar hundert Mark; aber sehr oft zeigt sich dann, daß „das Geschäft das nicht tragen kann“, und es wird versucht „Ersparnisse“ zu machen, die man am liebsten auf Kosten der Angestellten macht.

Auch kommt in Betracht, daß sehr oft, wo der Reiche bei einem Einkauf eine größere Summe zahlt, der Arme auf Abzahlung zahlen muß. Der Arme bezahlt 100 M. und die Quittungsmarke für 20 Pf. wird ihm von dem kausanten Geschäft nicht berechnet; der Arme bezahlt seine Schuld von 100 M. in 10 Raten und das Abzahlungsgeschäft wird ihm sicher die zehn Stempelmarken zu 10 Pf. anrechnen.

Es zeigt sich also, daß die geplante Steuer antisozial wirken muß, indem sie auf die letzten Verbraucher, und das sind in der Hauptsache die Unbemittelten, abgewälzt wird oder - soweit das nicht geschieht - unter den Gewerbetreibenden die wirtschaftlich Schwächeren schwer belastet.

Zu bemerken ist noch, daß man aus praktischen Gründen gezwungen war, von der Erhebung der Steuer abzusehen, soweit die Zahlungen im Postverkehr, durch Postanweisungen erfolgen. Allerdings kommt alsbald der bittere Tropfen nach: die Postgebühren sollen ohnehin verteuert werden, und somit werden die Zahlungen, die auf diese Weise erfolgen, noch stärker belastet werden, als wenn sie der Stempelpflicht unterliegen.

Schließlich hat man eine geniale Lösung gefunden, die Schwierigkeit zu beseitigen in bezug auf den sog. „bargeldlosen Zahlungsverkehr“. Dieser erfolgt in den Banken, indem die Kunden derselben Zahlungen leisten können durch Anweisung an die Bank, die vom Guthaben des Auftraggebers den Betrag abzieht und dem, der Zahlung zu erhalten hat, gutschreibt. Denselben Zwecke dient der Scheckverkehr. Nun hat man 1909 den Scheckstempel eingeführt, und die Folge war, daß die Benutzung dieses Verkehrs zurückging.

Wie gesagt rechnet die Regierung mit einem Ertrag der Steuer von 80 bis 100 Millionen Mark. Sie begründet das nicht näher und erklärt, daß „beim Mangel geeigneter Unterlagen auch nicht annähernd der Ertrag geschätzt werden kann. Im Jahre 1906 war bereits eine ähnliche Steuer geplant, die aber der Reichstag ablehnte. Damals wollte man nur Zahlungen über 20 M. stempelspflichtig machen und rechnete mit einem Ertrag von nur 16 Millionen Mark. Aus Willkür scheinen, daß die damalige Schätzung der Wirklichkeit näher kam. Um eine Mark Steuer aufzubringen, müssen zehn Stempelmarken zu zehn Pfennigen oder fünf zu zwanzig Pfennigen verwendet sein. Da die Zahlungen unter 100 M. bei weitem überwiegen, so kann man wohl annehmen, daß im Durchschnitt mindestens acht Zahlungen erfolgen müssen, um eine Mark Steuer aufzubringen. Damit also 80 bis 100 Millionen Mark an Stempelsteuer aufkommen, müssen 640 bis 800 Millionen Zahlungen erfolgen. Da nur Zahlungen im Betrage von über 10 M. in Frage kommen und die Lohnzahlungen und Mietzahlungen, bei denen allgemein die vielen Millionen Arbeiter höhere Geldbeträge regelmäßig empfangen oder verausgaben, steuerfrei bleiben sollen, so scheint uns die Annahme einer solchen Zahl durchaus phantastisch. Das Resultat könnte also leicht sein, daß man eine schifflände Belästigung des Verkehrs herbeiführt, während das Ergebnis der Steuer auf einen geringen Betrag zusammenschrumpft. Auch aus diesem Grunde scheint uns das Experiment durchaus verfehlt.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 7. März. (B. L. S.) Amtlicher Bericht von Montag nachmittag. In den Argonnen hat unsere Artillerie verschiedene Punkte im Schütz von Cheppy, an der Straße von Avocourt nach Malancourt beschossen. Aus der Gegend nördlich von Verdun ist von dem Verlauf der Nacht keine Infanterietätigkeit gemeldet worden. Heftiger Artillerielampf auf dem linken Ufer der Maas und mit Unterbrechungen im Abschnitt westlich von Douaumont. Im Woivre beschossen unsere Batterien lebhaft die Zugangswege des Feindes. Die Nacht verlief auf dem übrigen Teil der Front ruhig.

Paris, 7. März. (B. L. S.) Amtlicher Bericht von Montag abend. In der Champagne setzten die Deutschen einen Angriff an, wobei sie brennende Flüssigkeit gegen unsere Stellung zwischen Mont Tetz und Maisons de Champagne schleuderten. An unserem rechten Flügel wurde der Feind durch unser Sparsfeuer aufgehalten und konnte nicht aus seinen Gräben vordringen. In der Gegend von Maisons de Champagne, konnte er in ein kleines vorgeschobenes Grabensstück eindringen. In den Argonnen ließen wir in der Gegend von Courtes Chaussees eine Mine springen, die einen deutschen Posten zerstörte. Wir besetzten den Schütz des Trichters. Zwischen Haute Chevauchée und Cote 285 konnte der Feind, nachdem er zwei Minenklammern zur Explosion gebracht hatte, an einigen Punkten unserer ersten Linie festen Fuß fassen. Es entspann sich ein Kampf, in dessen Verlaufe wir den Feind aus unseren Schützengräben warfen und uns der einen Seite des Trichters bemächtigten. Unsere Artillerie war im ganzen Abschnitt westlich von der Maas sehr tätig. An der Front zwischen Vethincourt und der Maas richteten die Deutschen nach einer heftigen den ganzen Vormittag andauernden Beschießung einen starken Angriff gegen Forges, das sich in unserer vorgeschobenen Linie befindet. Im Verlaufe eines sehr leb-

hatten Kampfes konnten sie sich des Dorfes bemächtigen. Mehrere Veruche, beim Hügel die vorzubringen, wurden durch unsere Gegenangriffe unterdrückt, die den Feind nach Forges zurückwarfen. Desfalls von der Mauer aussehender Artillerielampf. In der Woevre heftige Beschützung ohne Infanterietätigkeit in der Gegend von Fregno. Westlich von Pont à Mousson verursachte unsere Artillerie an den deutschen Anlagen im Gefolge von Juch Bedeutende Schäden.

Belgischer Bericht. Der übliche Artillerielampf südlich von Dirmuiden. Unsere Batterien brachten deutsche Minenwerfer zum Schweigen.

Die englische Meldung.

London, 6. März. (B. Z. V.) Amtlicher englischer Heeresbericht von Montag. Western abend liegen wir nordöstlich von Vermelles eine Mine springen. Heute hat der Feind in der Nähe der Höhenzollernschanze eine Mine zur Explosion gebracht, ohne daß ein Angriff darauf folgte. Wir hatten keine Verluste. Die Artillerie war auf beiden Seiten tätig in der Gegend von Albert, Suuluis und Hyern.

Die Lage bei Verdun.

Bern, 6. März. (B. Z. V.) Die Lage bei Verdun wird von den französischen Militärkritikern weiterhin als durchaus ernst bezeichnet. Natürlich werden die angeblich ungeheuren deutschen Verluste und die französischen Verteidigungs- und Gegenangriffsmahnahmen zur Beruhigung des Publikums gehörig herausgehoben, teilweise unter Anführung deutscher Blätterstimmen. Fast durchweg wird die Befürchtung einer neuen Heberfassung sowie einer weiteren Ausdehnung der Kampffront laut, die zu mehr oder minder nachdrücklichen Kritiken an der Leitung der Operation führt. In schonungsloser Weise scheint es seitens Clemenceaus geschehen zu sein, denn sein Blatt „l'Homme Enchaîné“ wurde, wie aus den leeren Stellen bei der Anführung seines Artikels in anderen Blättern hervorgeht, wegen des Auftrages „La criso de Verdun“ von der Zensur verboten. Angesichts des zu erwartenden Wiederauflebens der Kampfhandlung mahnen die Kritiker sämtlich zu gespanntester Aufmerksamkeit und fordern die Nation auf, Vertrauen zu haben und würdevolle Haltung zu zeigen.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 7. März. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 6. März 1916.

Westfront: Im Abschnitt von Nige, am Sabin-See, zerstörte unsere Artillerie Teile der feindlichen Graben. Westlich von Friedrichshof konnten wir ebenfalls gute Artilleriewirkung gegen arbeitende deutsche Abteilungen beobachten. Bei Jakobstadt, nordöstlich Weissen (10 Kilometer südwestlich von Livenhof) zerstörte unsere Artillerie eine deutsche Infanterie-Kolonie. Deutsche Patrouillen, die an unsere Stellungen zwischen dem Ddetoneiz (Suffel) und Suffelbach (Suffel Nal, westlich Livenhof) vorkamen, wurden durch Infanteriefire verjagt. In der Stellung von Dmanaburg bei Jucht dauert der Kampf um den Besitz der Sprengtrichter noch an.

Kaukasusfront: Unsere Truppen landeten unter dem starken Feuer der Flotte, besetzten in der Nacht vom 4. März Atina an der Küste des Schwarzen Meeres, östlich Trapezunt (100 Kilometer) und zwangen die Türken durch einen schnellen Vorstoß nach Süden, ihre Stellungen zu räumen. Bei diesem Kampfe machten wir 2 Offiziere, 280 Mann zu Gefangenen, erbeuteten zwei Geschütze und Artillerie- und Infanteriemunition. Auf der Besetzung besetzten Abteilungen von uns am Morgen des 5. März das Dorf Napavra (85 Kilometer östlich Trapezunt) zwischen Atina und Nige (65 Kilometer östlich Trapezunt).

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 6. März. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht. Auf der ganzen Front hat sich kein Ereignis von besonderer Bedeutung zgetragen. **Cadorna.**

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 7. März. (B. Z. V.) Das Hauptquartier meldet: Es liegt von den verschiedenen Fronten kein Bericht über eine wesentliche Aenderung der Lage vor.

Küstenschutz am Nordwestzipfel Kurlands.

Domesnaes, den 22. Februar 1916.

Der nordwestliche Küstenstreifen der kurlischen Halbinsel, der bei Domesnaes einen spitzen Winkel bildet, ist ein Stückchen Erde, das der Strom des modernen Lebens vollständig unberührt gelassen hat. Selbst im Frieden bewachte sich nach hier selten eines Nichtanrührens wandernder Fuß. Auch nur wenige Einheimische fanden den Weg nach dem an einzelnen Stellen bis 5 Kilometer breiten Uferstrand, den eine scharf ansteigende, bis 40 Meter sich erhebende Höhe abschließt. Auf dem schmalen Rande führen die in einer Anzahl von Dörfern und Siedelungen wohnenden Fischer ein einfaches Leben. Der Kampf mit den Elementen macht die Leute selbst hart und fest, aber große Reichümer scheinen sie nicht einzubringen. Wohl sieht man einzelne städtische und schmale Wohnhäuser, im allgemeinen jedoch machen die meisten Dörfer einen bescheidenen Eindruck. Jetzt sind sie verlassen; ganz still und tot liegen einzelne Siedelungen da unter der Winterdecke. Hier oben im Norden war ziemlich viel Schnee gefallen; Wald und Feld hatten sich mit einem dicken Belag bedeckt. Auf dem Uferstrand konnte man jetzt nur im Schlitten oder auf den schon befahrenen Wegen zu Fuß weiterkommen. Bis Klein-Treden, das noch über 90 Kilometer westlich von Domesnaes liegt, brachte uns von Dondlingen her ein Bogen.

Ungefähr 7 Kilometer vor Klein-Treden haben wir einen der höchsten Punkte des Uferstrandes erreicht. Wir stehen auf einem etwas vorgeschobenen Bogen des etwas zerklüfteten, mit vielen Einschnitten versehenen Höhenzuges, der fast parallel mit der Düne unmittelbar am Strande verläuft. Der Uferstrand scheint sich langsam immer noch weiter in die See hineinzuverdrängen. Jetzt schon bewaldete, langgestreckte Erhöhungen, zwei bis drei Kilometer von der jetzigen Düne entfernt, lassen vermuten, daß einst die heranwachsenden Offshootenwellen sich hier erst brachen. Bevor wir durch einen Einschnitt mit sanfterem Gefälle vom Uferstrand hinabsahen, bieten sich uns von der Höhe, die an dieser Stelle ein großes Plateau darstellt, interessante Ausblicke auf die See, die Insel Deseel und den tief vor und liegenden Uferstreifen. Ganz in der Ferne steigen aus dem Nadelgehölz einige dünne blaue Rauchfäden auf. Sonst verhält sich die Landschaft von Menschen da unten an der halb vereisten See. Auch sonst kamen und Lebendwesen nicht zu Gesicht, obwohl zahlreiche Spuren von Füchsen, Rehen und auch Hasen auf einen verhältnismäßig großen Wildbestand schließen lassen. Wir hatten Glück mit dem Wetter. Major v. M., der uns zu dem Plateau hinaufführte, war zum achten Male hier, heute jedoch erst hatte er das Vergnügen, den Leuchtturm auf Deseel zu erblicken. Auch wir sahen zunächst mit Bewaffnetem, dann aber auch mit unbewaffnetem Auge die Insel, den weiß leuchtenden Turm, auf beiden Seiten mehrere Gebäude und dann weiter links von Deseel etwas Schimmerndes. Hinlängend: es sind schimmern die Eisberge! Sonst ist auf der See nichts zu erblicken. An dieser Stelle lassen sich überhaupt selten Fahrzeuge sehen. Die Einfahrt

Kein Kabinettswechsel in Griechenland.

Amsterdam, 7. März. (B. Z. V.) Wie ein hiesiges Blatt aus London erfährt, meldet der Aikener „Times“ Korrespondent seinem Blatte, daß alle Regierungszeitungen die Gerüchte von einem bevorstehenden Wechsel im Kabinet Schuldis in Abrede stellen. Sie weisen darauf hin, daß so etwas unmöglich sei, so lange der Zustand am Balkan derselbe bleibe wie bisher und die Beziehungen zu der Entente normale seien.

Um die ungeheuren Kosten der Mobilisierung zu vermindern, habe die Regierung beschließen, noch zwei Reservejahrgänge von Meer und Flotte nach Hause zu schicken.

Die bulgarische Regierung habe für die Grenzstreifenfälle vollständige Ernennung angeboten und sich erdödig gemacht, eine Untersuchung einzuleiten, um die Schuldigen zu bestrafen.

Vom U-Bootkrieg.

London, 7. März. (B. Z. V.) Lloyd meldet aus Lowestoft: Das Fischerfahrzeug „Dahspring“ wurde in der Nordsee versenkt, die Besatzung wurde gerettet.

Englischer Torpedobootszerstörer gesunken.

Frankfurt a. M., 7. März. (B. Z. V.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Amsterdam: In hiesigen Schiffsfahrtkreisen wird mit Bestimmtheit erzählt, daß vor der Humbermündung der englische Torpedobootszerstörer „Murray“ gesunken sei. Zweiundzwanzig Mann von der Besatzung seien ertrunken.

Vom letzten Zeppelinangriff auf England.

London, 7. März. (B. Z. V.) Das Kriegsamt teilt mit, daß von den feindlichen Aufschiffen bei ihrem Angriff in der Nacht vom 5. auf den 6. März 90 Bomben abgeworfen wurden. Die Bomben wurden, wie sich herausstellte, wahllos in den ländlichen Distrikten fallen gelassen. Dies mag auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß die Zeppeline infolge des stürmischen Wetters im Unklaren darüber waren, wo sie sich befanden, und ihre Bomben loswerden wollten, ehe sie unter dem Schutze der Nacht entkommen. Kein militärischer Schaden irgendeiner Art wurde angerichtet, nur Zivilpersonen wurden getroffen. Eine Person, die früher als verwundet gemeldet wurde, ist seitdem verstorben, so daß im ganzen zwei Personen getötet wurden.

Schließung der deutschen Geschäfte in Togo.

London, 7. März. (B. Z. V.) Amtlich. Es wurde aus militärischen Gründen beschlossen, alle europäischen Kaufleute feindlicher Nationalität, die sich noch in Togo aufhalten, zu deportieren und alle deutschen Geschäfte zu schließen, denen bisher gestattet wurde, in den von den Briten besetzten Teilen Togos Geschäfte zu treiben.

Die Neutralitätsfrage im Schweizer Bundesrat.

Bern, 6. März. (B. Z. V.) Heute nachmittag begannen die Verhandlungen im Nationalrat über die Neutralitäts-Politik des Bundesrates. Die Zuschauerziffern und die diplomatischen Logen waren überfüllt.

Präsident Egger hielt eine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Ansprache, in der er zunächst der Kriegsschmerzen gedachte, durch die die Schweiz in eine schwere wirtschaftliche und geistige Krise gestürzt worden sei. Er sagte: Gemessen an dem, daß der Krieg erzeugt hat, ist es der Schweiz trotz allem gut gegangen. Angesichts der Lage der Schweiz und der Möglichkeit vermehrter Kriegsgefahr dürfen die Schweizer nicht länger säumen, sich wieder zusammenschließen zu voller Einigkeit. Der Redner sollte dann der Haltung und Arbeit des Bundesrats volle Anerkennung und wendete sich gegen die Angriffe gegen die obersten Leiter der Armee, deren Tüchtigkeit außer allem Zweifel stehe. Der Armee und ihren Führern gebühre, wie dem Bundesrat warmer Dank. Der Präsident wandte sich sodann an die weichen Abgeordneten, denen er versicherte, daß die deutsche Schweiz niemals daran denke, die weisse Eigenart zu verdrängen. Deutschschweizer und Westschweizer müßten sich wiederfinden in gegenseitigem Vertrauen. Die Schweizer dürfen sich nicht entzweien zu einer Zeit, wo einzig und allein Einigkeit stark machen könne.

Als erster Redner sprach Berichterstatter Spahn-Schaffhausen, der in Beziehung auf das Vorgehen des Bundesrates in der Oberstenangelegenheit seine Zustimmung erklärte. Es wäre allerdings für die Schweiz besser gewesen, wenn die Angelegenheit ohne öffentliche Verhandlung hätte erledigt werden können.

In Bezug auf die wirtschaftliche Lage der Schweiz äußerte sich der Redner skeptisch: Die Ausschüsse für Rohstoffausfuhr sind immer schlechter geworden. Man darf so gar sagen, daß die Neutralität, die von den Kriegführenden in politischer und militärischer Hinsicht respektiert wurde, in wirtschaftlicher Beziehung durch das Hineinziehen der Schweiz in den Wirtschaftskrieg verletzt worden ist. Es wäre die Frage aufzuwerfen, ob gegen diese Verletzung nicht ein formeller Protest anzubringen wäre. Jedenfalls muß die Schweiz bei einer künftigen Gestaltung des internationalen Rechts nachdrücklich auf die unhaltbare Lage der Neutralen aufmerksam machen.

Als Kommissions-Berichterstatter in französischer Sprache ergriff Secretan das Wort, der u. a. den Lausanner Vorfall mit der deutschen Konfiskation als einen dummen Streich halbwillkürlicher Jungen bezeichnete. In Bezug auf Äußerungen von Sympathie und Antipathie betonte Secretan, in einer Zeit, wo in Europa ungeheure Umwälzungen sich vollziehen, hätten die Schweizer das Recht, Sympathien zu haben und sie auszudrücken. Der Redner stellte fest, daß es in der französischen Schweiz keinen Tag gebe gegen irgendeine Nation in Europa. Wahr sei, daß die Weissen Sympathien für Frankreich haben, dafür begriffen sie auch und bildigen sie die Sympathien der deutschen Schweiz für Deutschland. Es liege darin eine weitere Garantie für die unverrückbare Neutralität der Schweiz. In Bezug auf die Oberstenangelegenheit gab der Redner unerbötlichen der Meinung Ausdruck, daß sie von Anfang an hätte administrativ erledigt werden sollen. Die Theorien des Generalstabes Sprecher von Bernegg über Neutralitätspflichten, die nicht streng genommen werden müßten, sofern nicht auch die Neutralitätsrechte der Schweiz streng geachtet würden, lehnte der Redner als gefährlich ab. Die Auffassung des Bundesrates, daß dem General in militärischen Dingen volle Selbständigkeit zustehe, sei richtig. Zum Schluß betonte Secretan, daß die weisse Schweiz keine Vorworte erheben wolle, weder gegen den Bundesrat, noch gegen die Armeeleitung und auch nicht gegen den Generalstab. Sie verlange bloß die strikte Einhaltung der Neutralitätsgrundsätze. (Beifall.) Hier wurde die Sitzung abgebrochen. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Bern, 7. März. (B. Z. V.) Im Nationalrat wurde heute die Debatte über die Neutralitätspolitik des Bundesrates fortgesetzt. Bueler-Schwyz (katholisch-konservativ), Vizepräsident des Rates, kritisierte u. a. die Vorkänge in Lausanne, wo die Fahne eines besetzten Staates von unserer Jugend und städtischem Nachwuchs herabgerissen worden sei. Die ganze Urchwitz habe zur Politik des Bundesrats, und alle Gründe, die Secretan gestern zur Erklärung der Errogung in der Westschweiz angeführt habe, gemüht nicht. Die Neutralitätspflichten scheinen in gewissen Kreisen der Westschweiz nicht richtig aufgefaßt zu werden. Fazy-Genf (Freisinnig) wünschte eine engere Verbindung zwischen Parlament und Regierung. Er wandte sich gegen die Erklärung des Generalstabes Sprecher, daß die Schweiz angesichts der Verletzung ihrer Neutralität auf wirtschaftlichem Gebiete die Neutralitätspflichten nicht so peinlich eingehalten brauchen. Diese Ansicht habe im Auslande starken Widerhall gefunden. Die Auffassung Sprechers fordere zu Protesten heraus und sei mit ein Grund dafür, daß der Nationalrat verlange, die politische Gewalt solle über der militärischen stehen. Chuard-Waadt (Freisinnig) sprach in ähnlichem Sinne und erklärte zum Schluß von den Erklärungen des Bundesrats über das Verhältnis zwischen der Zivil- und Kommandogewalt befreit zu sein. Buchsman (Freisinnig) gab seinem Erlaunen über die Geringfügigkeit der Gründe Ausdruck, die Secretan für die Errogung der weissen Schweiz angeführt habe. Der Vorfall in Lausanne mit der deutschen Fahne sei nicht so harmlos gewesen, wie Secretan ihn dargestellt habe. Wenn in Zürich die Tricolore heruntergerissen worden wäre, hätte Secretan die Sache nicht so harmlos genannt. Wie die Weissen, fuhr der Redner fort, stolz sind auf ihre französische Sprache und Kultur, sind wir Deutschschweizer nicht weniger stolz auf die deutsche Kultur und Sprache. Leider müssen wir trotz Secretan erklären, daß in Deutschland daß sich gegen alles geltend macht, was deutsch ist, wogegen in der deutschen Schweiz nie ein verlebendes Wort gegen Frankreich gefallen ist. Wenn Secretan den Vorwurf erhebt, daß die Schweiz gegen die Verletzung der Neutralität Belgiens nicht eingeschlossen protestiert hat, so sagen wir, hätte Belgien alles getan, was wir, um keine Neutralität militärisch zu schänden, wäre es vielleicht seinem Schicksal entgangen. Die Schweizer Neutralität läßt sich nicht mit der belgischen Neutralität vergleichen. Der Redner nahm zum Schluß den Generalstabes Sprecher gegen die An-

von Westen her haben die Russen durch Extern fast unmöglich gemacht. Die zahlreichen Sandbänke zwischen der Halbinsel und Deseel machten die Anlage solcher Einfahrtshindernisse leicht. Die ganze Ostsee nun übrigens mit Minen ausgepflastert worden sein. Zu Hunderten haben Stürme und Eisgänge die Logergruben und aus Ufer getrieben. Manche Explosionen zwischen Gieschollen, andere beim Antreiben auf das Ufer. Nach Angabe der Soldaten gab es hier oft ein Geburme, als tote eine gewaltige Schlacht. Die noch Unheil bringenden, angetriebenen Minen werden natürlich entschärft oder zur Explosion gebracht. Die Erklärungen der Luft bei der Detonation ist so stark, daß zwischen uns auf 3 Kilometer Entfernung in den Gebäuden die Fenster scheiben zerbrachen. Es wird darum jedesmal belanngewacht, wenn die Sprengkolonne auszieht, damit die Fenster geöffnet werden.

Als wir Klein-Treden erreichten, ist es bereits dunkel geworden. Ich konnte aber doch noch bemerken, daß bis hierher der Kiefernwald sehr stark mit Früchten durchsetzt ist. Als wir unmittelbar vor Klein-Treden in den schmalen Waldweg nach Osten einbogen, lag hinter dem Pfarrerhause der volle Mond mit gebläulichem Schein hervor. Bis dahin hatte der Wald uns den Nachtschwärmer verborgen, und im ersten Augenblick glaubte ich, ein Scheinwerfer habe zu irgendwelchem Zwecke seine neugierige Tätigkeit begonnen.

Am nächsten Morgen ging es im Schlitten weiter nordwärts. Immer mehr verschwand die Fichte, an ihrer Stelle machte sich am Begrande der Waldherd recht breit. Auf der unebenen Fährbahn tustete der Schlitten hin und her, machte wiederholt Kippversuche und legte uns auch einmal stüchtig in den Schnee hinein. Obere und verlassen, nur von Soldaten bewohnt, liegen die kleinen Dörfer da. Zwar schien die Sonne, doch wehte ein kalter und scharfer Wind durch den Wald. Die dienstfreien Leute steckten die Nase möglichst wenig aus ihrer Klappe. Selten sehe ich einen Menschen. Die Wachen sind näher an die Küste, bis unmittelbar an oder in die Düne hinein geschoben. Ein und wieder blühte ich zwischen den Bäumen hindurch auf die See. Ganz vereinzelt hat sich hier noch eine kümmerliche Fichte behauptet, bald jedoch herrscht die Nieser allein. Direkt an der Düne, allen wütenden Stürmen ausgesetzt, bleibt sie ziemlich niedrig. Nach der Seefseite zu ist ihr Gedächterhardt und gerissen. Nach zweifelhäufiger, gerade nicht bequemer Fahrt auf einem schlaffen Kistenstüchlein taucht plötzlich ein größeres Dorf vor uns auf: es ist Sadenhof mit zwei Kirchen (einer russisch-orthodoxen und einer deutsch-lutherischen) und mehreren großen, langgestreckten Holzhäusern. In einem dieser Häuser fand ich noch eine umfangreiche deutsche Bibliothek mit vielen wissenschaftlichen Werken und Schriften über Staats- und Gemeindevorfassung, Pflanzler usw. Wie mir mitgeteilt wurde, gehört das Haus dem Besitzer des Majorats Dondlingen, dessen Besitz mit einem Areal von zusammen über 300 000 Morgen auch dieses Gebiet einschließt. Der Majoratsherr, Baron v. Otten-Saden, hat sich in der Nähe, schon im Walde verstreut, auch ein Landhaus erbauen lassen, in dem er angeblich stets mehrere Wochen im Sommer verbringt. Noch eine Viertelstunde Fahrt, und wir haben Domesnaes, die äußerste, weit in die See hinausragende Spitze Kurlands, erreicht. Etwa 1 Kilometer vom Ufer entfernt, in der See,

haben die Russen vor Jochen einen neuen Leuchtturm erbaut. Der alte Turm an der Nase der Halbinsel ist von ihnen vor ihrem Abzuge ausgedemnt worden, auch ihre Kasernen liegen sie einen Haub der Flammen werden. Trotzdem finden die deutschen Truppen reichlich und gut Unterkunft, denn die Fischerhäuser bergen keinen Einwohner mehr. Am Ufer entlang patrouillieren in bestimmten Abständen ständig deutsche Wachposten. Schwarz ausladend schreiten sie, in diese Felde gestellt, ihren Weg ab; allerdings, bei Tage sähen sie vergeblich, kein russisches Boot läßt sich blicken. Nachts jedoch ist erhöhte Aufmerksamkeit geboten. Zumeilen versuchen Boote zu landen, um Espione an Land zu bringen. Eine Truppenlandung haben die Russen seit mehreren Monaten nicht mehr versucht. Im Oktober glückte es ihnen, bei Jauratsche im Dunkel und demerkt heranzukommen und die damals noch schwache Küstenwache an diesem Punkte zu überfallen. Aber über den Uferstrand kamen sie nicht hinaus. Ein Teil der Geländeten entkam beim Anrücken von Verstärkung auf dem Wege, auf dem er gekommen war, einige wurden zu Gefangenen gemacht, der Rest liegt nun hier begraben. Die seitdem verstärkte und auch mit Artillerie versehenen Küstenwache wird solche Heberfassungen in Zukunft kaum noch erlauben.

Am Uferstrand haben sich Eisbänke übereinandergehoben, weiter zurück schwimmen mächtige Eisbroden, nahe dem Ufer ist das Wasser nur an einigen Stellen offen. Der am Ufer zu weissen kleinen Hügel zusammengedrückt Sand sieht wie sandierter Zucker aus. Bei offener See spülen Wellen hinüber, das Wasser froh und überzog den Sand mit einer Eisdübel. Nachmittags beschäftigten wir noch eine Stunde des Seewaters in der Höhe von Klein-Treden. Die Posten halten Ausschau aus Beobachtungshäusern und Schützengraben, die man an geeigneten Stellen auch in die Dünen hineingegraben hat. Unangeseht sind spärende Augen auf das Wasser gerichtet. Dazu unterstützen streifende Patrouillen den Nachdienst. Die Wachhabenden erleben trotz der Günstigkeit an diesem abgelegenen Winkel auch ihre kleinen Abenteuer. Einmal hielt ein Pferd infolge einer gewaltigen Detonation, die eine zwischen Eisbänken explodierende Mine hervorrief. Das Tier stolperte, fällt, stieg wie tot am Boden, der Reiter machte ebenfalls unvermutet etwas unansehnliche Bekanntschaft mit Mutter Erde. Leider erlitt er dabei eine Arverletzung, die jedoch glücklicherweise keinen Schaden hinterließ. Einzig kam ein ander Patrouillierreiter davon, obwohl ihn eine Paul auf eine Mine schante — direkt darauf! Das Pferd stolperte, der Reiter stieg herunter in den Schnee. Etwas fühlt er etwas Feistes, rundes unter sich. Man schaut nach: es ist eine noch scharfe Mine! Schnell läßt man sie allein, sagt dafür, daß sie unschädlich gemacht wird. Wie glücklich hier die Minen anschwimmen, kann daraus geschlossen werden, daß in diesem Abschnitt einmal in einer Woche ungefähr 30 dieser unheimlichen Sprengkörper entfernt worden sind.

Schwer ist der Dienst auf der Wache an der nördlichsten Spitze des östlichen Kriegsschauplatzes, aber das Leben hier hat, besonders bei den Dünnenländer, doch auch eigenartige Reize. Mein Besuch bei der Küstenwache an Kurlands Nordwestspitze gehört mit zu den Erlebnissen, die den stärksten Eindruck bei mir hinterließen. **Düwell, Kriegsberichterstatter.**

griffe entschieden in Schuß. Es ist Tatsache, fuhr er fort, daß unsere Neutralitätsrechte durch die Beschlagnahme von Postschiffen sowie Waren für die Schweiz verletzt worden sind. Gegen solche Verletzungen des Völkerrechts müßten die Neutralen einmal energisch protestieren, und wenn Oberst Sprecher auf diese Dinge aufmerksam machte, war das sein gutes Recht. Wir haben unsere Neutralität aus eigener Kraft peinlich bewahrt und wenn etwa gesagt wird, unsere Armees sei der linke Flügel der deutschen Armees, so ist es ebenso richtig, daß sie der rechte Flügel der französischen Armees ist. Der Redner schloß mit einem mit Weisfall aufgenommenen Appell an die Einigkeit zwischen Belgien und Deutschland, um Europa das Beispiel zu geben, daß verschiedene Nationen zusammen in gemeinsamer Arbeit leben können. König-Vern (Konserbative) äußerte sich in ähnlichem Sinne. Auch er nahm den Generalstabeschef in Schutz. Bezüglich der Kaufmann Vorfälle bemerkte er: Gätten nur die Kaufmann Väter ihre Jungen übers Knie genommen! (Heiterkeit.) Calamé-Neuenburg (freisinnig) verbotete sich ebenfalls über die Mißbilligung in der welschen Schweiz, deren Forderungen durch den Bundesrat im Wesentlichen entsprochen worden sei. Daber stimmte er dem Antrag der Kommission auf Genehmigung des Berichtes zu. Dorella-Loffin (freisinnig) sprach italienisch. Er rügte die Tendenz der Militärgerichte, in die Rechte der Zivilgewalt einzugreifen und wandte sich zum Schluß ebenfalls entschieden gegen die Theorien Sprechers, die dem Staatsgrundgesetz der strikten Neutralität widersprächen. Dieser als diesen Grundsatze aufgeben, wolle nicht untergehen. Die Tessiner haben zu dem Bundesrat volles Vertrauen und wollen als echte Schweizer mit den anderen Sprachstämmen gemeinsam zum Wohle des Vaterlandes arbeiten. (Weisfall.) Die Sitzung wurde sodann auf morgen vertagt.

Durchsuchung schweizerischer Postsendungen.

Bern, 6. März. (B. L. B.) Meldung der schweizerischen Telegraphen-Agentur. Ueber die Beschlagnahme von schweizerischen Postsendungen durch die Militärbehörden kriegsführender Staaten stellt das schweizerische Postdepartement in einem amtlichen Bericht fest, daß auch Postsendungen von neutralen Staaten an andere neutrale Staaten von kriegsführenden Staaten beschlagnahmt werden, trotzdem die Freiheit des Transites eine der wichtigsten Grundlagen des Weltpostvertrages bildet. Den Bemerkungen der Postverwaltung und des politischen Departements ist es leider nicht gelungen, befriedigende Zustände herbeizuführen. Ebenso unhaltbar sei die Lage in Bezug auf das Postgeheimnis geworden. Von den Militärbehörden kriegsführender werden die transitierenden plombierten Postfächer von neutralen Ländern nach anderen neutralen Ländern nach Belieben erbrochen und die darin enthaltenen Briefe geöffnet. Mit dieser Zensur ist eine schwere Schädigung der schweizerischen Handelsinteressen verbunden. Mit Rücksicht auf die Unsicherheit in der Beförderung der schweizerischen Amerikapost über Frankreich und England werden nunmehr geschlossene Briefsäcke nach Amerika über Deutschland und die Niederlande durch Vermittelung niederländischer Schiffe abgefertigt. Diese Briefposten unterliegen dem Vernehmen noch auf deutschem Gebiet keiner Zensur, dagegen soll nach neuesten Nachrichten eine Durchsuchung auf hoher See durch englische Schiffe stattfinden.

Die Kriegskosten Frankreichs.

Genf, 6. März. (Z. U.) Im Kammerauschuß des Palais Bourbon teilte der Finanzminister Ribot mit, daß die Kriegsausgaben bis 1. März 1916 rund 45 000 Millionen Frank ausmachen, darunter 3000 Millionen Frank als Darlehen zur finanziellen Unterstützung der Verbündeten, nämlich 4500 Millionen Frank für England, 600 Millionen Frank für Belgien, und 200 Millionen Frank für Serbien. Montenegro erhielt bloß 400 000 Frank. Nach Ribots weiterer Mitteilung belaufen sich die monatlichen Kriegskosten seit Kriegsausbruch auf 2600 Millionen. Trotz dieser riesigen Summe bezeichnete Ribot die Finanzlage des Landes als zufriedenstellend.

Die Militärzensur in Frankreich.

Bern, 7. März. (B. L. B.) Auf Grund einer Verordnung des französischen Ministers des Innern betreffend die Verfolgung von Verbrechern falscher oder beunruhigender Nachrichten wurden allein in Paris und im Departement Seine über 200 Personen den Militärgerichten zugeführt.

Für und wider Salandra.

Lugano, 6. März. (Z. U.) Ein römischer Bericht der „Stampa“ sagt sehr bewegte Zeiten voraus für die kommenden Verhandlungen der italienischen Kammer. Verschiedene, jetzt noch sehr undurchsichtige Probleme müßten ihre Lösung finden, der jedoch noch eine Reihe von Hindernissen im Wege stehen und die noch eine Anzahl Zwischenfälle heraufbeschworen werden. Das offiziöse „Giornale d'Italia“, das Blatt Sonninos, geht ohne Umschweife auf sein Ziel los und stellt der sozialistischen Widerheit eine Art Ultimatum. Es erklärt, entweder sei die Kammer überzeugt, die Leitung der Regierungsgeschäfte liege in guten Händen, dann müsse die Kammer dem Ministerium auch jene autoritative Macht geben, die es benötigt, um auf seinem Kampfpfad auszuhalten zu können, oder aber die Kammer laufe ihre Ansichten nicht mit denen der Regierung vereinbaren, dann müsse sie aber auch die Verantwortlichkeit für ihre eigene Ueberzeugung übernehmen und eine andere Situation herbeiführen. Die Zeitung will also sagen, unter solchen Umständen müsse man sich kurzerhand zum Kabinettssturz entschließen. Dann fährt „Giornale d'Italia“ fort und meint, das gegenwärtige System der Radelitische gegen das Ministerium sei für das Land nur verlegend. Die jüngsten Mandate der offiziellen Sozialisten seien unzulässig und beeinträchtigen unmittelbar das Prestige der Regierung. Es dürfe den Sozialisten nicht gestattet werden, die parlamentarische Rednertribüne auszunutzen und den Krieg gewissen Kreisen des Landes zu vereiteln. Es wäre etwas anderes, wenn eine große parlamentarische Diskussion veranfaßt würde, in deren Folge das Land beschließt, in der einen oder anderen Richtung. Bis zu einer endgültigen Entscheidung müsse Kammer und Regierung einig sein.

Bern, 7. März. (B. L. B.) Wie Mailänder Blätter melden, kam es in der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer, von der man sich keinerlei Ueberraschungen versah, wohl infolge der Resignation Salandras zu Anzeichen eines kritischen Zustandes, der nach der Sitzung in den Korridoren zu mannigfachen Kommentaren Anlaß gab. Da die Kammer über einige Interpellationen und Anfragen zu verhandeln geneigt schien, erklärte der offizielle Sozialist Cicotti, daß die Säunung der namentlichen Abstimmungen in diesem Augenblicke, wo alle gegen das Kabinetts das Gefühl des Mißtrauens hegten, einer Sabotage der Kammer gleichkäme. Daraufhin erklärte Salandra in heftigster Tone, daß wenn der gegenwärtige Zustand, der sich in den letzten vier bis fünf Tagen in der Kammer herausgebildet habe, nicht aufhören sollte, ihm nichts anderes übrig bliebe, als sich an die Krone zu wenden, um ihr die Lösung vorzuschlagen, die er für nötig halten würde. Die Ueberzeugung der Kammer führte, je mehr in den Korridoren die Worte Salandras, die ursprünglich nur von wenigen Verstanden worden waren, befragt wurden, zu starkem Erstaunen und Kombinationen. Salandra hatte gleich nach der Sitzung mit mehreren Ministern im Ministerzimmer der Kammer eine Besprechung.

Der neue amerikanische Staatssekretär.

Washington, 6. März. (B. L. B.) Neutermeldung. Newton Baker wurde zum Staatssekretär für den Krieg ernannt.

Politische Uebersicht.

Landwirtschaftliches.

Am Dienstag beriet das preussische Abgeordnetenhaus in zweiter Lesung den Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung. Die Debatten bildeten im wesentlichen eine Nachlese der bei der Beratung des Etats des Staatsministeriums gepflogenen Auseinandersetzungen über die Sicherstellung der Ernährung des Volkes. Von konservativer Seite wurden wiederum die Opfer der deutschen Landwirtschaft in den höchsten Löhnen gepriesen und jede Schuld der Landwirte an der Lebensmittellieferung entschieden in Abrede gestellt. Im einzelnen wurden Maßnahmen zur Förderung der Gemüselucht, zur Urbarmachung von Moor- und Dehländereien und die möglichst umfangreiche Verurteilung von Landwirten zur Frühjahrbestellung verlangt — Forderungen, gegen die sich auch von unserer Seite nichts einwenden läßt. Wohl aber müssen wir gegen das immer und immer wieder hervortretende Bestreben, die Regierung einem höheren Zollschutz geneigt zu machen, entschieden Widerspruch erheben. Unsere so viel gepriesene Schutzpolitik hat sich, wie Genosse Hoyer überzeugend nachwies, keineswegs bewährt, im Gegenteil: sie ist in der Hauptsache schuld an der Lebensmittellieferung, und es wirkt ein eigenartiges Licht auf die Absichten unserer Großgrundbesitzer, wenn sie fortgesetzt unter Berufung auf ihre Leistungen während des Krieges einen noch größeren Schutz der nationalen Produktion fordern. Auch das Märchen von der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionskosten infolge der angeblich gestiegenen Löhne zerstreute Hoyer mit guten Argumenten. In der Tat dürfte das Bild, das er von der Lage der Landarbeiter entrollte, der Wirklichkeit eher entsprechen, als die teils von interessierter, teils von schlecht unterrichteter Seite veröffentlichten Darstellungen. Seine Ausführungen über die schlechte Lage der Kriegsfrauen auf dem Lande, über den Ausnahmezustand, unter dem die Landarbeiter leben, über die Versuche auf Befestigung der Freizügigkeit riefen zwar lebhaften Widerspruch auf der rechten Seite des Hauses hervor, aber weder dieser Widerspruch, noch die unqualifizierten Zwischenrufe aus den Reihen der Mehrheitsparteien sind imstande, die Nichtigkeit dessen, was er sagte, zu erschüttern. Ebenso wenig dürfte die Erwiderung des Abg. Dr. Roefcke (L.) geeignet sein, die Worte unseres Redners auch nur in einem Punkte zu entkräften.

Am Mittwoch fällt die Plenarsitzung aus. Am Donnerstag sollen die Etats der Anstaltungskommission und der Eisenbahnverwaltung beraten werden.

Ernährungsfragen im sächsischen Landtag.

Die Zweite Kammer hatte sich mit den Abänderungen zu befaßen, die die Erste Kammer zu ihren Anträgen in der Lebensmittelfrage beschlossen hat. Die sozialdemokratische Fraktion nahm nochmals Gelegenheit, durch ihren Redner scharfe Kritik an den bisherigen Maßnahmen der Regierung zu üben. Er führte aus: Es wird Zeit, daß die bereits im November 1915 gestellten Anträge endlich verabschiedet werden. Das Zwei-Kammer-System war auch in diesem Falle einer schnellen Erledigung der Sache im Wege. Die Fleisch- und Getreidepreise seien viel zu hoch. Am berbersten sei die Preispolitik in der Kartoffelfrage. Mit der Beschlagnahme sei man viel zu spät und zu zaghaft vorgegangen. Man erkläre fortwährend, daß Lebensmittel genug da seien, und doch waren sie für weite Kreise nicht zu haben. Die Gefahren der Unterernährung sind jetzt schon groß, und da will man auch noch die Milchpreise erhöhen. Die ganze Lebensmittelpolitik hat versagt vor den Interessen der kapitalistischen Wirtschaft. Wir haben in Berlin nicht zu sitzen, sondern energisch zu fordern und zu protestieren. — Danach nahm sofort der Minister des Innern das Wort: Es habe sich leider gezeigt, daß die Verhältnisse härter seien als die berechtigten Wünsche der Verbraucher. Die Erhöhung der Kartoffelpreise sei die bedauerlichste Erscheinung der letzten Zeit. Die Maßnahmen seien dem Reichszentralrat ohne Mitwirkung der Bundesstaaten verfügt. Die sächsische Regierung sei daher nicht in der Lage, diese Maßnahmen zu vertreten. Auch sie sei davon überzeugt gewesen und habe viel mehr auf ein Zurückgehen der Kartoffelpreise gerechnet. Für die Ernährung der Kinder und der armen Leute müsse das Möglichste getan werden. Die Regierung stelle daher den Gemeinden monatlich 250 000 M. als Beitrag zur Beschaffung von möglichst billigen Lebensmitteln für die arme Bevölkerung zur Verfügung. Die Regierung hoffe auf diese Weise die schlimmsten Schäden zu beseitigen.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurde den Abänderungsvorschlägen der Ersten Kammer zugestimmt.

Die sozialdemokratische Fraktion hat eine Interpellation wegen der beabsichtigten Erhöhung der Preise für Milch eingebracht, die in den nächsten Tagen zur Verhandlung kommen wird.

Brotkorn zu Schnaps.

Der „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“, die halbamtliche Korrespondenz der Reichsleitung, hat die Vermählung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft und des Kriegsaussschusses für Konsumenteninteressen hinsichtlich der Freigabe von 45 000 Tonnen Brotgetreide an die Schnapsbrenner mit dem Hinweis abgelehnt, daß es sich dabei um eine Maßregel älteren Datums handelt. Natürlich ist die Frage, in welchem Kriegsmomente die ohnehin nicht überreichen Brotgetreidevorräte durch Ueberweisung dieser ganz anständigen Menge verringert wurden, völlig nebensächlich. Das Gutachten, das der Verbraucheraussschuß zu wissenschaftlichen Autoritäten eingeholt hatte, ging auf diese Seite der Angelegenheit auch gar nicht ein, sondern hat lediglich dargetan, daß die Verbrennung von Brotkorn überhaupt eine enorme Vergewandung notwendiger Nahrung- und Futtermittel darstellt.

Bayerische Viehwirtschaft.

Zu dem Verkehr mit Vieh in Bayern erzählt B. L. B. folgendes: Die Durchschnittsausfuhr aus Bayern betrug vor dem Kriege im Monat 13 000 Stück Großvieh, im Dezember 1915 30 000 Stück und im Januar 1916 circa 40 000 Stück. Die Einfuhr von Vieh betrug vor dem Kriege 4000 Stück im Monat, heute ist sie gleich Null; die Einfuhr von Schweinen betrug vor dem Kriege eine Million Stück pro Jahr, heute ist sie gleich Null. Trotz dieses Ausfalls von einer Million Schweinen hat Bayern während des Krieges noch anderen Bundesstaaten Schweine geliefert und liefert die Zentralstelle zur Beschaffung der Seereservefliegung 24 000 Stück Rinder im Monat. Zurzeit gehen auch noch Hunderte von Wagen mit Schlachtvieh nach norddeutschen Städten und Tausende von Zugochsen nach norddeutschen Gütern zur Arbeitsverwendung.

— Der Bedarf an Butter beträgt in Bayern drei Kilogramm pro Jahr und pro Kopf der Bevölkerung, in Norddeutschland dagegen 15 Kilogramm pro Jahr und Kopf der Bevölkerung.

Die Milchversorgung der Großstädte.

Der halbamtliche „Nachrichtendienst“ schreibt: Die Schwierigkeiten in der Versorgung der Großstädte mit frischer Milch werden immer größer. Sie sind hauptsächlich eine Folge der Futtermittelknappheit, dann aber auch der gestiegenen Fleischpreise und der Verminderung der Viehbestände. Futtermangel und Futtermittelverwertung haben dahingewirkt, daß 1. die Milchherzeugung stark zurückgegangen ist, und daß 2. die Milchherzeugung immer unvollständiger wurde. Den Schwierigkeiten, die hierdurch entstanden, leisteten die hohen Fleischpreise und die starke Nachfrage nach Schlachtvieh Vorschub. Während also auf der einen Seite die Verwertung der Kuh als Milchherzeugungsquelle immer unvollständiger und schwieriger wurde, bot ihre Verwertung als Schlachtvieh einen, wenn auch einmaligen, immerhin aber erheblichen Gewinn. Die Milchherzeugung war schon unter dem Futtermittelmangel zurückgegangen. Sie wurde weiter vermindert durch die zunehmende Abschichtung von weiblichem Rindvieh und sie wird, da beide Faktoren noch mit unerminderter Kraft in Wirksamkeit sind in nächster Zeit noch abnehmen. Eine Besserung kann erst eintreten, wenn die Viehhandelsverbände, die sich immer noch in vorbereitender Tätigkeit befinden, sich entschließen, weibliches, milchführendes Rindvieh vom Ankauf auszuscheiden, und wenn Weidewirtschaft eintritt.

Es ist daher für die nächste Zeit voraussichtlich mit weiterer Zunahme der Milchknappheit zu rechnen und es ist notwendig, dafür zu sorgen, daß diese nicht im Hinblick auf die Ernährung der Säuglinge ungünstige und schädigende Formen annimmt. Es wird sich also darum handeln:

1. für eine Vergrößerung der Futtermittelmengen Sorge zu tragen,
 2. die Milchproduktion durch Ziegenhaltung zu vermehren und
 3. Einschränkung im entbehrlichen Verbrauch zu üben.
- Größere Futtermittelmengen können einmal durch weitestgehende Verwendung von Küchenabfällen, auf die immer noch nicht genügend geachtet wird, dann aber durch Verfüttung frischen Laubs und junger Triebe fast aller Laubbäumer, das zerkleinert oder gemahlen gereicht werden muß, wesentlich vermehrt werden. In den Zwischen der Eichen, Buchen, Birken usw. sind erhebliche Nährstoffe enthalten. Da aber das Rindvieh nur fingerstarke Zweige zu gemahlenem Vermog, ist eine Zerkleinerung und Vermahlung notwendig. Ein Gebiet, auf dem sich besonders die Gemeinden betätigen könnten, da die Anschaffung einer entsprechenden Mühle sich für die einzelne Wirtschaft kaum lohnen dürfte und auch die Anschaffung des Materials nur von einzelnen berechtigten Stellen aus erfolgen kann.

Auf die Vermehrung der Milchherzeugung durch Einstellung von Ziegen ist schon oft hingewiesen worden. Sie muß in größtem Umfang durchgeführt werden, denn die Erhaltung der Säuglinge ist eine wichtige Pflicht der Allgemeinheit.

Dringend notwendig ist dann noch die Einschränkung im Verbrauch seitens der Erwachsenen. Soweit wie möglich, besonders auch in Kaffeehäusern und Konditoreien müssen als Zugabe zum Kaffee landwirtschaftliche Milch und Milchpräparate Verwendung finden. Auch in jeder Küche und in jedem Haushalt muß der Verbrauch frischer Milch auf das Unvermeidliche beschränkt bleiben. Sie gehört den Säuglingen, kleinen Kindern, den werdenden und den jungen Müttern.

Landtagerversammlung.

Bei der Abgeordnetenwahl im Wahlkreis Sorau-Fork-Guben für den verstorbenen Abgeordneten Schmidt-Fork (nat.) wurde der Jobriffbesitzer Kommerzienrat Eugen Neubardt-Fork (nat.) mit allen abgegebenen 470 Stimmen gewählt. Gegenlandidaten waren nicht aufgestellt.

Heranziehen kriegsverwendungsfähiger Leute der freiwilligen Krankenpflege zum Dienst mit der Waffe.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Wie aus allen Verufen des bürgerlichen Lebens, aus Militär- und Zivilbehörden und vielen großen Wohlfahrts- und sonstigen Organisationen werden auch aus der freiwilligen Krankenpflege kriegsverwendungsfähige befundene Leute herausgezogen, um den Bedarf an wehrfähigen Mannschaften betriebigen zu können. Die Heeresverwaltung hat jedoch rechtzeitig dafür Sorge getragen, daß die Kranken- und Verwundetenpflege in der Heimat und Etappe unter dem Ausfall nicht leidet. Seit Wochen sind in den Heimatlagareiten Tausende von Kriegsmännern, die für den Frontdienst mit der Waffe nicht geeignet, wohl aber in der Etappe brauchbar sind, in der Krankenpflege ausgebildet. Sie werden überall dahin geschickt, wo durch Einziehung kriegsverwendungsfähiger Angehöriger der freiwilligen Krankenpflege Lücken entstehen. Schwierigkeiten oder Störungen in der Kranken- und Verwundetenpflege sind nicht zu befürchten, weil dafür gefordert ist, daß die kriegsverwendungsfähigen freiwilligen Krankenpfleger nur allmählich und erst dann aus ihrem Wirkungskreis herausgezogen werden, wenn die Erlagteute eingetroffen sind und sich in die neuen Verhältnisse eingearbeitet haben. — So wird die Schlagfertigkeit des Heeres nicht unwesentlich gehoben werden können, ohne daß der Sanitätsdienst beeinträchtigt wird.

Letzte Nachrichten.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 7. März. (B. L. B.) Das Hauptquartier meldet: An der Frontfront brachten wir alle Versuche des Feindes, sich unseren Stellungen im Abschnitt von Gelahie zu nähern, zum Scheitern. Bei Kut el Amara keine Veränderung.

An der Kaukasusfront verloren die dortigen Gehefte in den letzten Tagen ihre Gestigkeit. Auf beiden Seiten herrscht offensichtlich Ruhe.

Die Antwort unserer Artillerie machte das von feindlichen Kriegsschiffen zuweilen mit Unterstützung von Flugzeugbeobachtern gegen die Küsten der Dardanellenenge gerichtete Demonstrationsfeuer unwirksam. Zwei feindliche Kreuzer wurden getroffen. Die Tätigkeit unserer Flieger verhinderte Erkundungsversuche, die von Zeit zu Zeit von feindlichen Flugzeugen an den Dardanellen unternommen werden. Die feindlichen Flieger fliehen, ohne sich in einen Kampf einzulassen, sobald sie eine Annäherung unserer Kampfflieger bemerken.

Die Situation im amerikanischen Kongreß.

Washington, 7. März. (B. L. B.) (Durch Funkpruch des Berichterstatters der „Kölnischen Zeitung“.) Die Lage ist jetzt unübersichtlich. Der Anstand, daß Wilsons Verlangen, die ihm unangenehmen Kongreßresolutionen, welche die Amerikaner vor Reisen auf bewaffneten Handelsschiffen warnen wollen, vollkommen unbedacht gelassen ist, läuft auf eine Niederlage hinaus. Die Republikaner sind nicht gewillt, sich für Wilson hart zu machen, da die Republikaner des mittleren Westens gegen eine scharfe Politik gegen Deutschland sind. Die Demokraten sind nicht geneigt, ihre Partei spalten zu lassen. Es ist fast sicher, daß die Abstimmung zugunsten einer Warnung mindestens eine starke Minderheit finden würde. Wenn Deutschland seine Vereinfachung kundgeben würde, die Bewaffnung von Handelsschiffen zu Verteidigungszwecken zu gestatten, im Falle Amerika eine Warnung gegen das Reisen auf Schiffen mit Angriffswaffen erlassen würde, dann dürfte der Kongreß die Warnungsresolutionen annehmen.

Bewerkschaftliches.

Warum brauchen wir Lohnämter?

So manches, was man vor dem Kriege für unmöglich gehalten hätte, ist im Verlauf der Kriegszeit verwirklicht worden. Der Zwang der Verhältnisse hat gesetzliche Eingriffe und Regelungen bewirkt, die in Friedenszeiten als ungeheuerlich empfunden worden wären. Seit Jahren ist auf die Sozialgesetzgebung hingewirkt worden, die tieftraurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Heimarbeit durchgreifend zu reformieren. Wie notwendig die Forderung war, brachten die Heimarbeitserhebungen in krasser Weise zum Ausdruck. Der gewaltige Bedarf an Heeresartikeln hat Verhältnisse geschaffen, die jeder Beschreibung spotten und eine wilde Anarchie darstellten. Unglaubliche Lohnrückstufungen, Schiebungen mit der Arbeit waren in einem Umfang zu verzeichnen, daß die schleunigsten und energischsten Maßnahmen geboten waren und auch ergriffen wurden. Schlichtungsämter mußten ins Leben gerufen werden, um die vielen Lohnunterschiede zu schlichten, und die Militärbehörden haben in durchaus anerkannter Weise eingegriffen, tarifliche Bestimmungen erlassen und dafür gesorgt, daß der wirkliche Arbeiter zu seinem Rechte gelangt und den Lohn erhält, der ihm zukommt.

Es sind denn auch in der Kriegszeit bei den Lieferungen für den Heeresbedarf umfangreiche Feststellungen der Beschäftigung von Zwischenmeistern und der von diesen bezahlten Arbeitslöhne getroffen worden. In welcher Weise und in welchem Umfang die Weitergabe von Arbeit von verschiedenen Stellen in Berlin erfolgte, ist schon hinreichend geschildert worden. Alle möglichen Vertreter von Berufen haben hier mitgewirkt und in Militärlieferungen „gemacht“. Baumunternehmer, Schlächtermeister, Apotheker, Musiklehrer, Künstler, eine Teppichreinigungsanstalt, der Großindustrielle August Thynen usw. Nur einige Beispiele, wie Militärarbeit weitergegeben worden; sie liegen in jeglicher Form und in reichlicher Anzahl vor.

So übernahm ein Baumeister in Dortmund vom Verwaltungsamt Münster Arbeit und gab diese nach Essen weiter. Von Essen wurde dieselbe nach Ulberfeld und dort wieder an eine dritte Firma weitergegeben. Da die Arbeiter sich weigerten, die Arbeit zu dem geringen Lohn anzufertigen, wurde sie nach Berlin verschickt um in Neufölln zu noch niedrigeren Preisen hergestellt zu werden.

In einem anderen Falle erhielten die eigentlichen Arbeiter die Arbeit erst aus dritter Hand.

Ein Zwischenmeister hat in einem Jahre 26 Arbeitern und Arbeiterinnen für die Anfertigung von Mützen über 9000 M. zu wenig gezahlt, und ein anderer Unternehmer in einem Jahre etwa 180 Personen um 100 000 M. geschädigt.

In vielen Fällen erhielten die Arbeiter kaum den vierten, ja den achten Teil des von den Militärbehörden gezahlten Preises. Die Anrechnung der Miete (!) ist charakteristisch für diese Art von Unternehmern. Ob so ein „Arbeitsgeber“ einen kleinen oder großen Auftrag hat, macht gar nichts aus: die Miete muß auf jeden Fall erhalten, um die niedrigen Arbeitslöhne zu rechtfertigen. Außerdem hat einer derselben seine ganze Arbeitsleistung berechnet und beanspruchte obendrein noch einen besonderen Verdienst von 50 Pf. pro Mantel.

An Wochenlöhnen wurden den Arbeiterinnen vielfach 12 M. die Woche geboten und darauf hingewiesen, daß der Konfektionsnotausschuß und andere Berliner Wohlfahrts-einrichtungen auch nur einen Wochenlohn von 12 M. zahlten. Hierbei wurde aber absichtlich übersehen, daß diese Einrichtungen den Arbeiterinnen bei guter Stücklohnzahlung nur Arbeit in beschränktem Umfang gaben, dergestalt, daß sie im Zeitraum von einer Woche nicht mehr als 12 M. verdienen können. Es sollte damit bewirkt werden, daß möglichst viele Arbeiterinnen Beschäftigung erhalten. Die Zwischenmeister dagegen haben die Frauen den ganzen Tag beschäftigt und dann diesen geringen Lohn bezahlt.

Aus all dem ergibt sich die dringende Notwendigkeit der Einführung von Lohnämtern, zumal diese Mißstände kein Produkt der Kriegszeit sind, sondern immer vorhanden waren. Nur konnte nicht, so wie jetzt, der schlüssige Beweis erbracht werden. Darum: Her mit einer durchgreifenden Heimarbeitergesetzgebung!

Berlin und Umgegend.

Der Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe.

Voraussetzungen für die paritätische Arbeitsnachweisung für das Holzgewerbe am 1. April dem Zentralverein für Arbeitsnachweis angehängt werden. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht beendet, es handelt sich aber nur noch um die Festlegung einiger Bestimmungen im Statut, wodurch die Arbeiter ihr Selbstverwaltungsrecht nach Möglichkeit wahren wollen. Die Anschließfrage ist dadurch in Fluß gekommen, daß die Unternehmerorganisation erklärte, sie sei nicht mehr in der Lage, die Kosten des paritätischen Arbeitsnachweises, die auf ihren Anteil fallen, zu tragen. Beim Anschluß an den Zentralverein, der erhebliche Zuschüsse aus städtischen Mitteln bezieht, übernimmt der Zentralverein die Kosten.

Diese Angelegenheit war Gegenstand einer eingehenden Aussprache in einer Branchenversammlung der Bilderrahmenmacher, die dem paritätischen Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe angegliedert sind. Es wurden Bedenken gegen den Anschluß an den Zentralverein erhoben. Man befürchtet, durch den Anschluß würden die Rechte der Arbeiter in der Verwaltung des Arbeitsnachweises beeinträchtigt werden. Diese Befürchtungen wurden damit begründet, daß der Vorsitzende des Zentralvereins für den Arbeitsnachweis, Dr. Freund, nicht gerade als arbeitervreundlich bekannt sei und die Stadt Berlin auf Grund ihrer finanziellen Leistungen sich die Mehrheit in der Verwaltung gesichert habe. Unter diesen Umständen würden die Rechte der Arbeiter wohl zu kurz kommen. Der Anschluß würde ein weiterer Schritt

auf dem Wege sein, den die Arbeiterorganisationen beabsichtigen hätten, als sie die Arbeitsvermittlung aus der Hand gaben und sich auf paritätische Arbeitsnachweise einließen. — Arbeitsvermittler Rissele, den die Versammlung zu dieser Aussprache eingeladen hatte, machte die Bedenken der Vorredner zu zerstreuen, indem er ausführte, die Bilderrahmenmacher betrachteten diese Angelegenheit nur vom Standpunkt ihrer eigenen Branche, aber nicht vom Standpunkt des ganzen Gewerbes, für das der paritätische Arbeitsnachweis als eine tarifliche Einrichtung bestehe. Es sei ein Irrtum, wenn angenommen werde, durch den Anschluß an den Zentralverband würde die Parität in der Verwaltung des Arbeitsnachweises aufgehoben werden. Diese bleibe nach wie vor bestehen. Ohne Zustimmung der beiderseitigen Vertragsparteien könne der Anschluß nicht vollzogen werden. Ebenso stehe es jeder Partei frei, von dem Abkommen wieder zurückzutreten, wenn sie später zu der Überzeugung kommen sollte, daß ihre Interessen eine andere Regelung erheischen.

Die Versammlung nahm folgende Resolution an, die als Antrag der Branche an die Generalversammlung gestellt werden soll: Die Branchenversammlung der Rahmenmacher steht auf dem Standpunkt, daß eine Angliederung des paritätischen Arbeitsnachweises an den Zentralverein für Arbeitsnachweis unter allen Umständen abzulehnen ist, vielmehr wieder zum Verband Arbeitsnachweis übergegangen werden muß. Die Delegierten werden beauftragt, in diesem Sinne in der Generalversammlung zu wirken.

Deutsches Reich.

Die Leipziger Expeditionen hatten mit Rücksicht auf die Linderung eine wöchentliche Lohnzulage von 4 Mark beantragt. Der Vorstand des Unternehmervereins des Leipziger Fuß- und Verkehrsgewerbes hat darauf dem Transportarbeiterverbande mitgeteilt, daß vom 8. März ab eine Kriegszulage von 2 Mark wöchentlich gewährt werden soll. Ein Teil dieser Firmen hat die Lohnzulage am letzten Lohntage bereits gezahlt. — Die Arbeiter nahmen in einer überfüllten Versammlung zu dem Vorschläge Stellung. Es war eine starke Reizung vorhanden, die Unternehmer durch einen Streik zur vollen Anerkennung der Forderung zu zwingen. Schließlich wurde das Angebot angenommen und die Zeitung beauftragt, mit den Unternehmern weiter zu verhandeln und zu versuchen, weitere Zugeständnisse zu erlangen.

Eingegangene Druckchriften.

Carmen Zibso: In der Enzlia. Rumänische Volksl. 66 S., geb. — Es klappst. Kesseln. 3 M., geb. 4 M. — Unter der Blume. Rheinweinsprüche. 2 M., geb. 3 M. — Aus lichten Höhen. 256 S., geb. — Gefüllte Worte. Bd. 1 u. 2: Den Schlaflosen gewidmet. Geb. 2,80 M., in Leder 4 M. — Bd. 3: Anisimonia. Geb. 2,80 M., in Leder 4 M. — Bd. 4: Fragelied. Geb. 1,80 M., in Leder 3 M. — Bd. 5: Mein Jesuit. Geb. 80 Pf., in Leder 1,80 M. — Verlag B. Wunderling, Regensburg. Kriegsbuch für die Jugend und das Volk. Bd. 5. Chronik des Weltkrieges. 1 M., geb. 1,25 M. — V. G. Teubner, Leipzig. Der ferbische Feldzug. Von R. Dommert. 2 M., geb. 3 M. — V. Teubner, Leipzig. Volksgesundheit. Nr. 2. Zeitschrift des Verbandes Volksgesundheit. Pro Jahr 3 M. — Verlag des Verbandes, Adyphensbröckchen.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7 1/2 Uhr: Ein Sommernachtstraum. (In der Neugestaltung.)
Donnerstag: Macbeth.
Kammerspiele.
8 Uhr: Gawan.
Donnerstag: Der Weibsteufel.
Volkstheater. Theater a. B. Sölpki.
8 1/2 Uhr: Fuhrmann Henschel.
Donnerstag: Fuhrmann Henschel.
Dir. Meinhard-Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzerstraße
8 Uhr: Kameraden.
Komödienhaus
8 1/2 Uhr: Das Mädchen aus der Fremde.
Berliner Theat.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Die gutgeschchnittene Ecke. (Albert Bassermann.)
Donnerstag: Die gutgeschchnittene Ecke (Albert Bassermann.)
Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr: Die selbige Exzellenz.
URANIA
Taubenstr. 48/49.
4 Uhr (halbe Preise): Kurland u. die Dünenfront.
8 Uhr: Aegypten, der Suezkanal und der Weltkrieg.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Fortschritt und Höhe kultureller Entwicklung.

Rose-Theater.
8 Uhr: Ein Schlag ins Gesicht.
Sonnab. nachm.: Der gestiefelte Kater.
Walhalla-Theater.
4 Uhr: Die sieben Raben.
8 Uhr: Grigri.
WINTERGARTEN
Der neue bunte abwechslungsreiche Spielplan! Außerdem Die schöne Komödiantin Oper. in 1 Akt v. Burg u. Tafelstein. Musik von Leo Ascher. Mitwirkende: Elise Berna — Lotte Werkmeister v. Thalia-Theat. a. G. — Gustav Matzner — Heinrich Peer — Julius Spielmann. Frühjahrspreise (wochentags inkl. Steuer): Parkett-Fauteuil 1.-3. Reihe 4.—, Parkett-Fauteuil 4.-6. Reihe 3.—, Tribüne 3.—, Fauteuil 2.—, Reserv. Platz 1.50, Eintritt 1.—, Eintritt 0.60.

Circus Busch
Tägl. 8, Sonnab. u. Sonnt. 3 1/2 u. 8 1/2.
Das neue **Märzprogramm** n. a. Elwino's, in besten gefesselt. Todessturz ins Manege-Bassin. 4 Renelles, am Lustfuch. Elise Martens, der lebende Weller! Goliath, d. größte u. schönste Schaubühne der Welt, gelitten v. Fri. Soloni. 3 Jalncrleks, Eislaufroboten. Zum Schluß: Ein Wintermärchen.

Luisen-Theater
Täglich 8 1/2, Sonntag 8 Uhr:
Charlotte Klin-ger.
Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr: Neu! Neu! Das erste Volksstück in dieser Spielzeit!
Die Vogelschenke.
Dazu das große Märzprogramm. Sonntag 4 Uhr: Ihr Gottlieb.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Wittmoß, den 8. März 1916:
Die Else vom Erlenhof.
Vollständig aus dem Schmarzpaß in 5 Aufz. von Stegfr. Rom. Stadt. Raffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Kobis Abenteuer Der große Augenblick
mit Leonhard Haskel und Siegfried Borisch

Theater für Mittwoch, den 8. März.
Deutsches Opernhaus Charlottbg. 8 Uhr: Carmen. (Escamillo: Kammerm. F. Plaszka.)
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. 8 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Gedr. **Herrnfeld-Theater**
8 Uhr: Sokrates und Perimutter.
Kleines Theater.
8 Uhr: Münchhausen.
Komische Oper.
8 Uhr: Jung muß man sein.
Lustspielhaus.
8 1/2 Uhr: Der Gatte des Fräuleins.
Metropol-Theater
8 Uhr: Die Kaiserin (Marie Theresia).
Hoftheater Operetten-Theater
8 Uhr: Der Sternruker.

Residenz-Theater
8 1/2 Uhr: Loge No. 7 m. Henry Bender.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Die gelbe Nachtigall
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Das Lumpengesindel.
Thalia-Theater.
8 Uhr: Biondinen.
Theater am Nollendorfpl.
8 1/2 Uhr: Hasemanns Töchter.
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!
Theater des Westens
8 Uhr: Das Fräulein vom Amt. mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater.
8 1/2 Uhr: Verheiratete Junggesellen.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum 133. Male: „Die von der Emden.“ für Militärbe- reiter. Eintritt zu den Stett. Sängern. Anfang 8 Uhr.

Admiralspalast Eis-Arena Eis-Ballett.
Großes Vorzügliche Küche!
Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Täglich: **Großes Konzert.**
Berliner Konzerthaus-Orchester
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Freitag, den 10. März: zum Besten der Verwundeten des Königin- Elisabeth-Garde-Regiments Nr. 3.
Leiter: Komponist Franz v. Blon. Anfang 8 Uhr.

Palast
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr.
Voller Erfolg des Riesen-März-Programms. **Oiga Desmond** in ihr. Neuheit: Ein Geigenträum. **Bernhard Mörbitz** der berühmte Komiker. **Wiederauftrafen Lene Land**, die popul. Parod. u. d. übrigen Schlager. 12 erste Nummern.

Los nur 1 Mark Unwiderruflich **Ziehung 16. März**
Königsberger Lotterie
3807 Gewinne im Werte von Mark
50 000 Hauptgewinn 15 000
11 Lose aus ver- 10 M. schied. Tausend Postgeb. und Liste 30 Pf.
H. C. Kröger
BERLIN W 8, Friedrichstr. 193 a.
Erhältlich auch in allen durch Pakete kenntlichen Verkaufsstellen.

Alkoholl. Getränke
Franz Abraham
Hans Messina u. Robert Frank-Kell. C. 75 Barlestr. 54. Fernspr. Kret. 13708
Neukölln
Central-Bad Anzengruberstr. 28.
Diana-Bad Kopenstr. 98
National-Bad, Brunnenstr. 9.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 45.
Bäcker- u. Konditoreien
Er. Friedrich, Eisenbahnstr. 31.
A. Grodzinsky, Boxhagenerstr. 17.
Oskar Hanke's Brotdäckerei
75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow **Geöffnet 1892.**
F. Klesowetter, Schreiberstr. 16.
Felix Kynast, Dänenstr. 5.
G. Meier, Grünerweg 27.
Fr. Pribyl, Osnabrückstr. 26.
Turhan Filialen in allen Stadtteilen.
Emil Werk, Samariterstr. 8.
Otto Wolff, Treptow, Krüllstr. 16.
Zachan, Gr.-Lichterf., Casselerstr. 43a.
Paul Zastrow, Stromstr. 33.
Band-Gen.-Gum.-W.
R. Banke, Stralauer Str. 64.
E. Kraus, Kommandantenstr. 14.
A. E. Lange, Brunnenstr. 144
Drogen und Farben
Werder-Drogerie, Britz, Badewer 5a

Erscheint 2 mal wöchentlich.
Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.
August Holz
15 Detail-Geschäfte.
Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte
Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte
Schröter, R.
43 Detailgeschäfte
Uhly & Wolfram
Bierbrauerei, Bierhandl.
Brauerei Bützow
empfehltes
Osw. Berliner
Ur-Berliner, hell und dunkel

Bezugsquellen-Verzeichnis.
Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.
C. Habels Brauerei hell — Haberbräu — dunkel.
Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Spandauerberg-Brauerei
Weissbier, C. Breitwaupt, Palisadenstr. 97 Tel. Egt. 2681, 2682
Cacao, Schokolade, Confitüren
SAROTTI
Kakao und Schokolade preiswert beliebt in jedem Haushalt.
Eisen, Stahlw., Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 21.
Rühlmann, P. Müllerstr. 40b, E. Seest
Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh.: Herrn. Gorbach
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gerike, Petersburgerstr. 31
Otto Kongel, Alte Jacobstr. 26.
Luetteke, Joh. Rostockerstraße 43.
Paul Zwarg, Landsberg-Allee 135.
Wilo, Miltzow, Holzwaren
Schoerr, Herrn., Wilmersd.-St. 46
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19
Herrn-u. Knabengard
J. Baer
Badstr. 24, Ecke Prinzen-Allee.
Fabisch & Co. Rosenthalerstr. 2.
Eckhaus Linienstr
Leske & Slupczak, Sekisk-Allee 78

Kolonialwaren
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.
Franz Richter, Malplaquestr. 35/36
Kaffee-Rösterei
A. Zinnz sel. Wwe.
Filialen und Niederlagen in allen Stadtteilen. Nur reelle Qualitäten.
Ar. ekzant verteilte Bezugsstelle **Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc.**
Hamburger Kaffee-Importgeschäft
Emil Tengemann
Mehlhandlungen
Bethke, Georg. Kottbuser-Str. 44.
Weserstr. 189, Friedrichstr. 23
Treptow, Grätz-Str. 64.
Gaegel, Otto Charlottenburg.
F. Pflugmacher, Colonnadenstr. 43.
F. W. Sichter Wrangelstr. 75
Ecke Cuvrystr.
Photogr. Apparate
M. Albrecht 80, Kottbuserstr. 8.
auch Gelegenheitsakt. Photo-Jaunen, Hauptstr. 23.

Meierei C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21, Alt Moabit
Altester und grösster Milchwirtschaftlicher Großbetrieb
Molkereien
„Schweizerhof“
Meierei und Milchverarbeitungsanstalt.
Emsener Str. 48 u. Tel. U. 2506.
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung — Schützen-Sterbekasservereinigung, str. 2.
Wirtschäften, Einblissem.
Schönberg
Bäckepeter Hauptstr. 139.
O. Rohloff, Ulsterstr. 1, Brauer-Kleinplatz
Original-Schultheiß-Ausschank
Alexanderpl., Rich. Schloßler.
Mahldorf
Frau A. Pagel, Kolonialwaren.
Marinorff
H. Wagner, Kaiserstr. 11, Finckh-Werke

Heute Mittwoch, den 8. März: Zahlabend in Groß-Berlin.

Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

Nach der Kriegsgewinn-, der erhöhten Tabaksteuer und dem Cuitungsstempel wird die Deffentlichkeit mit den Einzelheiten der geplanten Mehrbelastung des Post- und Telegraphenverkehrs bekanntgemacht.

Briefe im Orts- und Nahverkehr 2 Pfennig, im Fernverkehr 5 Pfennig, für Drucksachen bis zu 50 Gramm 1 Pfennig, darüber 2 Pfennig, für Pakete bis zu 5 Kilogramm in einer Zone bis zu 75 Kilometer 5 Pfennig, für die weiteren Zonen 10 Pfennig.

Sendungen, die bisher gebührenfrei waren, sowie auch Feldpost- und Soldatenbriefe bleiben vom Zuschlag befreit. Während der ersten zwei Monate wird bei Nichtzahlung des Zuschlags kein Straporto erhoben.

Die Wehrmaßnahmen können nicht sicher geschätzt werden, da Unterlagen nur aus der Friedenszeit feststehen. Die Regierung rechnet in der Begründung des Gesetzentwurfs mit unbegreiflichem Optimismus mit einem Plus von 200 Millionen.

Ferner ist in Aussicht genommen, den Frachtkundenstempel für Wagenladungen im Eisenbahnfrachtverkehr zu erhöhen und einen Stempel für Städtgutverkehr nach folgenden Sätzen einzuführen: Frachtkunden im inländischen Eisenbahnverkehr über Frachtkübelgut und Expreßgut: 15 Pfennig, Eilstädtgut: 30 Pfennig.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung, Dienstag, den 7. März, vormittags 11 Uhr.

Von Ministerialrat v. Schorlemer.

Nach Annahme der Beschlüsse auf Vertretung der Universität Münster in der Generalynode und auf Ergänzung des Knappschaftskriegesgesetzes in dritter Lesung tritt das Haus in die

zweite Beratung des Landwirtschaftsetats

Die Kommission legt eine Resolution auf Förderung der Geflügelzucht, Vermehrung der Zorffreie, künftige Erhöhung der Staatsbeiträge zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den westlichen und östlichen Provinzen und Einstellung der 3. Rate von 80 000 M. zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft im Elsaßfeld in den Etat für 1917 vor.

Ein Antrag Kesternich (3.) will den Betrag zur Förderung der Landwirtschaft in den westlichen Provinzen um 100 000 M. erhöhen. Verbunden mit der Beratung dieses Etats werden die Etats des Landeswasseramts sowie die Etats der Forst- und Domänenverwaltung.

Abg. Stull (3.):

Der Etat bietet ein günstiges Bild. Aber man darf daraus nicht zu weitgehende Schlüsse auf eine besonders rosige Lage unserer Landwirtschaft ziehen. Die Abschlagung der Rache — man spricht von 600 000 — (Hört! hört!) hätte vermieden werden müssen. Zur Urbarmachung von Moor- und Oedländerereien sollten Kriegsgefangene in weitestem Maße herangezogen werden.

Abg. Bratt (H.):

kritisiert die Tätigkeit der Reichsgetreidekasse, die z. B. bei den Veranforderungen von Getreide zu viel Rücksicht auf die Großmühlen nehme.

Zumerkung. Infolge eines Schreibfehlers heißt es in der am Montag gehaltenen Rede des Abg. Althoff (nack.) vom Vergetat, daß weder die Jechen noch die Arbeiter ein Interesse daran hätten, mit Ueberschichten Maß zu halten.

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer:

Die Zahl von 600 000 Kühen, die abgeschlachtet worden sein sollen, ist viel zu hoch gegriffen; die Abschlagungen betragen höchstens den sechsten Teil dieser Zahl. Im Sommer wird die Milch- und Futterversorgung ohnehin besser werden.

Abg. Hoff (Sp.):

Die Einfuhr von ausländischen Futtermitteln durch hohe Zölle abzuschließen, wäre ein großer Fehler auch für die Landwirtschaft. (Sehr richtig! links.) — An den Ausführungsverboten von bestimmten Lebensmitteln in anderen Bundesstaaten hat sich, wie mir berichtet wird, noch nichts geändert.

Abg. Hofer (Soz.):

Die Wirkungen des Krieges auf die Landwirtschaft sind wesentlich anders als die Wirkungen auf die Industrie und das Handwerk. Die Landwirtschaft hat ihre Betriebe in voller Ausdehnung aufrecht erhalten. Die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse waren derart, daß es den Landwirten möglich war, hohe Kapitalien auf die Banken zu schaffen.

Pachtsteigerungen von 100 Proz.,

eine sogar von 300 Proz. gebracht. Es ist klar, daß solche Domänen früher zu niedrig verpachtet waren. Nicht richtig ist, daß eine Domäne wie Dahlem die Milch auch zu 40 Pf. verkauft. Als in der Kommission die Frage aufgeworfen wurde, warum bei der Aufteilung der Domäne Dahlem nicht auch Arbeiterwohnungen geschaffen wurden, wurde vom Regierungsvertreter erwidert, daß in der dortigen Villengegend Arbeiterhäuser nicht recht hineinpassen würden.

politische Gleichberechtigung

fordern im Wahlrecht und auf allen anderen Gebieten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Streben, möglichst viel Neuland in Kultur zu nehmen, und dabei auch die Arbeit der Kriegsgefangenen nutzbar zu machen, können wir nur unterstützen. Wir haben auch schon früher immer auf die Notwendigkeit, diese Arbeiten im Interesse der besseren Ernährung des Volkes in Angriff zu nehmen, hingewiesen.

wahrt geblieben sind, so verdanken wir das gerade den Läden des Schutzollsystems, durch die noch vor dem Kriege Millionen Tonnen Futtermittel heringekommen sind. In dem Viehstand, von dem wir jetzt leben, sind gewissermaßen ausländische landwirtschaftliche Produkte konzentriert.

die wahren Schuldigen der Lebensmittelteuerung wird im Volke hestehen bleiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Volk hat die Wirkungen des landwirtschaftlichen Schutzollsystems jetzt am eigenen Leibe verspürt, und wird das nie vergessen. Es muß mit dem

verwerflichen System des Burgfriedens gebrochen

werden (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die Agitation gegen den Schutzoll muß in das Volk getragen werden noch jetzt, solange das Volk die Wirkungen dadurch spürt, daß es den Hungerriemen enger schnallen muß. Die Agrarier pfeifen ja auch auf den Burgfrieden und beginnen jetzt schon die Agitation zur Verschärfung des Schutzolls. Da ist es höchste Zeit, daß die Arbeiter zur Gegenoffensive schreiten.

Freizügigkeit der Landarbeiter zu beeinträchtigen,

wie die Verhandlungen des Landfrauentages beweisen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Heute preisen Sie die Arbeiter als Helden, heften ihnen das Eisene Kreuz an die Brust. Glauben Sie damit Ihrer Pflichten gegen die Arbeiter ledig zu sein? Die Landarbeiter schmachten heute unter menschenunwürdigen Ausnahmestellen. Wenn sie jetzt die heiligsten Güter des Vaterlandes, wie Sie das nennen, verteidigen, so müssen sie damit auch die moderne Sklavenordnung, die Gesindeordnung, verteidigen.

Abg. Dr. Kosside (L.):

Die Rede des Abg. Hofer war keine burgfriedliche Rede, er stellte sich damit auf die Seite unserer Feinde, wir aber halten zu unserem Heer und zu unserem Volke. (Beifall rechts.) Die Landarbeiter unterdrückt jetzt niemand, denn sonst bekäme er keine. (Sehr richtig! rechts.) Aber ein Dichtermotz sagt ja, wogegen man vergeblich kämpft. (Heiterkeit rechts.) Ohne unsere Schutzollpolitik hätten wir diesen Krieg nicht führen können.

Landwirtschaftsminister Frh. v. Scharfener:

Die Viehfloten Domänen sind für mich eine Art Seeschlange. (Weiterleit.) Seit Jahren werden sie mir vorgehalten, und dabei gibt es nur eine Viehflote Domäne: die an die Traditionsgelehrten verpachtete Domäne Nulsheden. (Weiterleit.) Zwei Domänen in der Provinz Sachsen halten allerdings kein Milchvieh, wogegen bei den dortigen besonderen Verhältnissen in normalen Zeiten nichts zu sagen wäre. Jetzt aber habe ich diese Pächter gebeten, auch Milchvieh zu halten. Der Krieg hat das Bedürfnis nach Brennspiritus und teilweise auch nach Weinbrandwein erhöht; angefaulte Kartoffeln können nur zu Brennereizwecken Verwendung finden. Man kann also nicht jedes Brennen von Kartoffeln in der jetzigen Zeit als volkwirtschaftlich nachteilig erklären. Selbstverständlich sollen Speisefertigstellen nach Möglichkeit für die menschliche Ernährung reserviert bleiben. Meine Verwaltung wird auch weiter das Vertrauen der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu rechtfertigen suchen und alles tun, damit wir den Krieg siegreich beschließen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Gröger (nalk.):

Den Schweinebestand werden wir schnell wieder auf die alte Höhe bringen können, aber mit den Milchviehabschlachtungen sollte man vorsichtig sein. Die jetzigen milderen Seuchenmaßnahmen sind wirkungsvoller als die strengeren vor dem Kriege, die die Bauern oft monatelang absperrten. Auch ein härteres Vorgehen für Futtermittel hätte die Sicherung unseres Futterbedarfs durch die Inländerzeugung nicht geschadet, dazu stehen wir noch zu sehr im Anfang der inneren Kolonisation. Die Domänen sind keine Muttergüter. Die Landwirtschaft darf keine Mißgewinne machen, sondern muß wie jeder Schützengrabenkämpfer bereit sein, für die Allgemeinheit Opfer zu bringen. (Beifall links.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Braun (Soz.) zur Geschäftsordnung:

Durch den Schluß der Debatte ist es mir leider unmöglich gemacht, die Behauptungen des Dr. Noefke, daß der Zollschutz uns in die Lage versetzt habe, diesen Krieg führen zu können, als objektiv unrichtig und irreführend nachzuweisen, sowie den Nachweis zu führen, daß gerade in der Zeit des geringsten Zollschutzes die Ertragssteigerung der Landwirtschaft eine höhere gewesen ist als in der Zeit höheren Zollschutzes.

Die Anträge der Kommission und des Abg. Rejsternich werden angenommen, der Etat wird bewilligt.

Donnerstag 11 Uhr: Geschäftsletzt, Anstehungsletzt, Eisenbahnetat.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Die bisherige Tätigkeit der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise.

Die Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise, mit einem Vorstand und einem Beirat, der gegenwärtig 60 Mitglieder und 4 stellvertretende Mitglieder zählt und aus Bundesratsbevollmächtigten, Reichstagsabgeordneten und Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und der Verbraucher zusammengesetzt ist, hat kürzlich ihren ersten Geschäftsbericht für das erste Vierteljahr ihrer Tätigkeit vom 11. Oktober 1915 bis 11. Januar 1916 herausgegeben, dem wir das folgende entnehmen:

Ein erheblicher Umfang in der Tätigkeit der Reichsprüfungsstelle nahmen die Arbeiten zur Prüfung der Angemessenheit von Preisen solcher Lebensmittel an, für welche ein Bedürfnis zur Festsetzung von Höchstpreisen sich in erster Linie geltend machte.

Nach Möglichkeit wurden die Erzeugungs- oder Herstellungskosten zu ermitteln gesucht, sobald die Angemessenheit der Zuschläge für Handelsumkosten und Verdienst im Großhandel, im Zwischenhandel und im Kleinhandel nachgeprüft, um so zu den Preisen zu gelangen, zu denen die Waren an die Verbraucher abgegeben werden können, ohne die Lebensfähigkeit sowie die Erzeugungs- und Herstellungsfähigkeit der Landwirtschaft und die berechtigten Gewinninteressen des Handels zu untergraben, andererseits aber auch der Verteuerung der Lebenshaltung der Bevölkerung nach Möglichkeit entgegenzuwirken.

Auf Grund der Beratung mit Sachverständigen unter Hinzuziehung von Referenten der zuständigen Ministerien sowie Vertretern der Landespreiskassen und der Ortspreiskassen Groß-Verlin und auf Grund der so gewonnenen Unterlagen wurden in der Reichsprüfungsstelle in der Berichtzeit Gutachten und Vorschläge über die Regelung und Festsetzung von Preisen bearbeitet und weitergeleitet. Entsprechende Festsetzungen sind inzwischen getroffen worden bezüglich der Preise für Gemüse, Wild, Buchweizen und Hirse und deren Verarbeitungen, für Süßholzwurzel und Marmelade. In Vorbereitung befinden sich Vorschläge zur Preisregelung von Honig, Kunsthonig, Zuckerrübensaft, Apfelsaft und Fruchtsäfte, Speiseöl und Salz.

Auch mit der Nachprüfung der Preisgestaltung für Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs, die nicht so sehr in den Geschäftsbereich der Reichsprüfungsstelle als in den der Ortspreiskassen fällt, hat sich die Reichsprüfungsstelle mehrfach befaßt. Es ist ihr auch gelungen, in verschiedenen Fällen dem Lebensmittelwucher durch Verbefähigung der Bekämpfung und der Geschäftsunterstützung entgegenzutreten.

erner ist die Einrichtung für einen Lebensmittelausgleich durch Vermittlung zwischen Bedarf und Ueberfluß vorbereitet worden. Naturgemäß wird auf diesem Gebiete eine umfangreichere Tätigkeit erst mit Beginn der neuen Ernte eintreten können. Durch Sammlung von Nachrichten über Warenangebote auf der einen und von Nachfrage auf der anderen Seite ist immerhin in einigen Fällen die Verbefähigung einer Bedarfdeckung bereits möglich gewesen.

Durch den der Vollendung entgegengehenden Ausbau des Netzes der Reichsprüfungsstellen über das ganze Reichsgebiet und die in Süddeutschland bereits durchgeführte Gliederung in Orts- oder Bezirkspreiskassen und in Landespreiskassen wird auch eine fruchtbringende Vertretung ihrer Arbeitsergebnisse für andere Reichsprüfungsstellen durch die Vermittlung der Reichsprüfungsstelle ermöglicht. Nach der inzwischen erfolgten Erledigung der nachmaligen Vorarbeiten wird demnächst eine laufende Zeitschrift herausgegeben werden, in der die zur allgemeinen Kenntnis dienlichen Ergebnisse der Sammlungsarbeiten aus den Verichten der anderen Reichsprüfungsstellen und der sonstigen Arbeiten allen beteiligten Kreisen mitgeteilt werden. Dem hervorgetretenen praktischen Bedürfnis entsprechend sollen die zunächst alle 2 Wochen, dann wöchentlich erscheinenden Mitteilungen der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise namentlich enthalten: statistische Nachrichten über die Preise und die Preisbewegung der hauptsächlichsten Lebensmittel im In- und Ausland, allgemeine Nachrichten über Zufuhr, Ausfuhr und den Bestand von Lebensmitteln, Auskünfte von allgemeiner Bedeutung über die Auslegung und die Tragweite der in den Bundesratsverordnungen und den Festsetzungen des Reichsanzlers getroffenen Bestimmungen und allgemeine Nachrichten und Mitteilungen über das gesamte Gebiet der Ernährungsratgeber.

Eine weitere neue Aufgabe, für die die nötigen Vorarbeiten jetzt abgeschlossen sind, erwächst der Reichsprüfungsstelle durch die Einrichtung eines Nachrichtenendienstes für Seefischpreise, durch den die Preisbewegung bei den Versteigerungen der Seefische in den Küstenstädten für den binnenländischen Seefischverbrauch hauptsächlich in Betracht kommenden Reichsprüfungsstellen behufs Ueberwachung der örtlichen Preisgestaltung übermitteln wird. Er soll hauptsächlich auf folgende Arten von Seefischen ausgedehnt werden: Schellfisch, Kabeljau, Seelachs, Scholle und Hering. Die sonstigen Zugfische wie Steinbutte und Aal sollen dabei ausbleiben.

Einen besonders erfreulichen, noch immer steigenden Umfang hat die beratende und aufklärende Tätigkeit der Reichsprüfungsstelle angenommen. Während nach der Bundes-

ratsverordnung vom 25. September 1915 die Reichsprüfungsstelle nicht als eine Amtsstelle gedacht ist, der im Verhältnis zu den anderen Reichsprüfungsstellen der Charakter einer übergeordneten Behörde zukommt, sie vielmehr ihnen lediglich gleichgestellt und nur mit einem sachlich anders gearteten Aufgabenträger betraut ist, hat sich von Anfang an aus der Initiative der Orts- und Landespreiskassen herabgehend ein weitgehendes Vertrauensverhältnis entwickelt. Die anderen Reichsprüfungsstellen haben sich gewöhnt, in der Reichsprüfungsstelle eine Behörde zu erblicken, von der sie maßgebende Aufklärung erwarten, Anleitung für ihre Betätigung erbitten und Förderung ihrer Wünsche erhoffen. So hat sich nicht durch eine ihr geschäftsordnungsmäßig geschaffene Aufsichtsfunktion, sondern durch die natürliche Entwicklung der Verhältnisse die Reichsprüfungsstelle zu einer zentralen Auskunfts- und Beratungsstelle auf allen Gebieten der Volksernährung herausgebildet.

Aus der Partei.

Unser Redaktionskollege S. Restriep, der als Unteroffizier an den Kämpfen bei Douaumont (Verdun) teilgenommen hat, ist dort am 2. März durch einen Gewehrstreich am Hinterkopf verwundet worden. Er befindet sich jetzt im Lazarett in Niederlahnstein. Sein Befinden gibt, soweit wir unterrichtet sind, zu Beforgnis keinen Anlaß. Wir wünschen ihm recht baldige Genesung. (2)

Ein Opfer des Weltkriegs.

Im Diakonienhaus zu Halle a. S. starb am Freitagabend Genosse Franz Filip, Redakteur der „Neufischen Tribune“ in Gera. Ende 1914 war er als ungebildeter Landwirturmann eingezogen worden; er machte den Sommerfeldzug in Rußland und die Herbstoffensive in Serbien mit, wo er verwundet wurde. Im Lazarett in Halle trat eine schwere Entzündung der Brust hinzu, die er nicht mehr zu übersteuern vermochte. — Genosse Filip war Buchdrucker von Beruf; seit dem Mai 1913 war er in der Redaktion der „Neufischen Tribune“ tätig gewesen. (2)

Die Genesung Troelstra.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Die Genesung des Genossen Troelstra hat in der letzten Zeit unerwartete Fortschritte gemacht. Troelstra will aus der Schweiz Mitte April zurückkehren und hofft, an den Verhandlungen über die Verfassungsrevision, auch falls sie noch vor den Sommerferien stattfinden sollten, teilnehmen zu können. Ob er indes, wie in der Presse gemeldet worden ist, alle seine Funktionen wieder übernehmen kann, hängt nach dem Ausdruck seiner holländischen Ärzte nach seiner Rückkehr ab.

Berichtigung.

In dem in der gestrigen Nummer veröffentlichten Bericht über die Stellungnahme der Münchener Parteiorganisation steht zu lesen, die Resolution sei mit 194 gegen 11 Stimmen angenommen worden. In Wirklichkeit betrug aber die Minorität 111 Stimmen.

Aus Industrie und Handel.

Wahrung der deutschen Patent- und Gebrauchsmusterrechte in Italien. In der „Gazzetta Ufficiale“ vom 23. Februar wird eine Verordnung des italienischen Ministers für Landwirtschaft, Gewerbe und Handel veröffentlicht, durch welche, unter Bezugnahme auf die von Deutschland gewährte Gegenseitigkeit, die im Dekret vom 20. Juni 1915 festgesetzten Erleichterungen in der Wahrung der Patent- und Gebrauchsmusterrechte (Stundung der Gebühren und Verlängerung der Fristen) auch den deutschen Staatsangehörigen zugestanden werden.

Kriegsgewinne im Waliser Kohlenbergbau.

Die „Money Market Review“ veröffentlicht eine Liste der Dividenden der führenden Kohlengruben-Gesellschaften in Wales. Aus dieser Tabelle, die der „New Statesman“ vom 12. Februar wiedergibt, ergibt sich, daß von den acht größten Gesellschaften nicht weniger als sieben eine Dividende von 10 v. H. oder noch mehr zahlten, während die achte nur 8 v. H. gab. Es wird berichtet, daß diese Gesellschaften sämtlich eine bedeutende Menge „freier“ Kohle zurückbehalten haben, so daß sie nicht durch Lieferungsverträge im voraus gebunden waren, sondern den Vorteil der Preissteigerung in vollem Umfang auszunutzen konnten. Dies ermöglichte ihnen, trotz der gesteigerten Kosten für Arbeitslöhne, Bergwerksgüter und Schiffsfrachten, folgende Dividenden zu zahlen:

	Durchschnittl. Dividende der letzten 5 Jahre Proz.	Letzte Dividende Proz.
Burnheat Brown	22	—
Cons. Cambrian	—	10
Davis D	11	10
Fernhill	15	16
St. Western	11	10
North's	8	8
Tredegar (B shares)	10	12 1/2
Howell Duffryn	20	20
United Rational	19 1/2	20

Die größte Kohlengrubengesellschaft in Wales, die „Howell Duffryn“, gab ihren Aktienhabern im September 1913 einen unentgeltlichen Bonus von einer neuen Aktie auf je zwei alte, so daß die Dividende der Aktienhaber tatsächlich nicht 20 v. H., sondern 30 v. H. beträgt. Außerdem ist diese Dividende wie auch die der „Tredegar“ und der „United Rational“ frei von Einkommensteuer, so daß sie viel höher ist, als sie auf den ersten Blick erscheint. Wird die Steuer für das Pfund Sterling auf 3 Schilling 6 Pence gerechnet, so bedeutet eine Dividende von 20 Proz. tatsächlich eine solche von 24 1/4 Proz.

Aus Groß-Berlin.

Butterkarten.

Butterkarten sind bereits in zahlreichen Städten ausgegeben worden. U. a. auch in Dresden, wo für den Bezug von Margarine, Speisefett usw. noch besondere Fettkarten geltend gemacht werden. Vorgangskarten erhalten nur solche Haushaltungen, deren Vorstand weniger als 1900 M. Einkommen haben. Mittwochs, Donnerstags und Freitags gibt es keine Butter. Allwöchentlich wird bestimmt, wieviel Butter in der laufenden Woche auf die Karte und den Bezugschein für die Pflegeanstalten und gewerblichen Betriebe entfällt. Auch der Preis für die dem Höchstpreis nicht unterworfenen Auslandsbutter wird ebenfalls von der Butterzentrale festgesetzt. In Leipzig gelten die Protokarten als Butterkarten. Es gibt dort drei Arten: eine Säuglingskarte für Kinder unter einem Jahre, eine Kinderkarte für Kinder bis zum vollendeten 6. Jahre und eine Karte für Personen, die älter sind. Nur auf die letzte Karte erhält man sein 1/4 Pfund Butter wöchentlich, auf die Kinderkarte wird 1/2 Pfund verabschlagt. Die bayerische Butter trägt ein Klebblatt und ist in Papier mit einem roten Querstreifen eingeschlagen. Nur Leipziger

mit weniger als 1600 M. Einkommen sind zum Bezuge berechtigt. 1/4 Pf. kostet 50 Pf. In Rannheim werden Buttermarken ausgegeben über je 25 Gramm für Butter, die zum Höchstpreis verkauft wird. Diese Marken sind nummeriert. Es wird täglich bekannt gemacht, welche Ziffern Geltung haben. Die gelben Marken mit grünen Zahlen gelten für Inlands- und die grauen Marken mit roten Ziffern für Auslandswaren. Samstags ist dort unmöglich. In Magdeburg erhält man Speisefett nur gegen Fettmarken bei gleichzeitiger Vorlegung von Brotkarten. Vier Abschnitte gelten für je 1/4 Pf. Fett und zwei weitere für je 1/4 Pf. Butter oder Butterfett, über die letzten vier Marken bestimmt der Magistrat nach seinen Vorräten. Diese Karten sind im Gegenzug zu den Rannheimern nicht übertragbar. In Brandenburg a. H. zerfällt die neue Butterkarte in drei Abteilungen: dem Stammabschnitt, einem Blankett und einem dreifach über je 100 Gramm Butter oder Margarine lautenden Abschnitt. Diese letzteren 300 Gramm, für zwei Wochen, bedeuten eine Mindestmenge an Butter oder Margarine, die jeder beziehen kann. Es wird stets bekannt gemacht, wieviel Butter oder Margarine auf das Blankett und den Stammabschnitt bezogen werden können. Nur Brotkartenberechtigte erhalten Buttermarken. Väter erhalten keine. Gastwirte den fünften Teil und Konditoren die Hälfte des monatlichen Verbrauchs vor Einführung der Marken. In Rötten erhalten die Einwohner nach Haushaltungen, und zwar je nachdem sie bis 2, 5 und mehr Personen umfassen, auf Grund von Ausweisarten, die gleichzeitig als Nahrungsmittelpapier gelten, durch drei Geschäfte Butter. Welche Nummern der in 5 verschiedenen Farben ausgegebenen Karten zum Empfang berechtigen, wird bekannt gemacht, ebenso die Preise und die Mengen. Die Rückseite der Karte enthält Abschnitte für Lebensmittel, deren Bedeutung in jedem Falle bekannt gegeben wird. In Posen, Erfurt und Mainz sind wieder andere Bestimmungen getroffen worden.

Eine Mahnung an die Butterhändler.

Die nach der Verordnung zur Herbeiführung eines einheitlichen Verkaufspreises für inländische und ausländische Butter über Bestand, Erzeugung, Einfuhr, Bezug und Abgabe inländischer Butter zu erstattenden Anzeigen werden von einigen Händlern unpflichtlich eingeschickt. Der Magistrat weist darauf hin, daß nach § 3 der genannten Verordnung diese Anzeigen regelmäßig am Montag jeder Woche zu erstatten sind, und daß Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmung nach § 5 a. a. D. mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft werden. Zuwiderhandlungen und Verzögerungen werden in Zukunft zur Anzeige gebracht werden.

Ein graufiges Ende. Ein Streckenarbeiter fand auf der Stremmer Bahn zwischen der Eichbornstraße und Bittenau auf Reinholdsdorfer Gebiet zwei Leichen auf den Schienen liegen, die eines Mannes und die einer Frau. Beide waren zerstückelt. Dem Manne war der Schädel germalmt, beide Beine und Arme und Hände waren ihm abgefahren. Auch die Frau, die in einer großen Blutlache neben ihm lag, war stark verstümmelt. Im Todeskampfe hatte sie sich noch das Gesicht zerkratzt. Als Anhaltspunkt zur Ermittlung der Persönlichkeiten fand man ein Schriftstück mit dem Namen Winter. So gelang es im Laufe des Tages, festzustellen, daß der tote Mann ein Bankbeamter Otto Winter und seine Begleiterin eine Frau Jenny Göbel war. Wie der Befund ergab und besonders Fußspuren zeigten, waren sie von Reinholdsdorf her nach der Bahn gekommen und auf die Weichung hinausgestiegen. Sie hatten sich dann nebeneinander quer über die Schienen gelegt, so daß sie mit den Füßen auf dem einen und mit dem Oberkörper auf dem anderen Gleise lagen. In dieser Lage hatten sie den Tod erwartet. Die Leichenteile wurden gesammelt und nach der Friedhofshalle in Reinholdsdorf gebracht.

Aus einer Privatklinik.

Zu dem mit dieser Ueberschrift in Nr. 64 veröffentlichten Artikel erhalten wir die folgende sonderbare Zuschrift, die wir wörtlich wiedergeben:

Berichtigung.

Am Sonntag, den 6. März, ist im „Vortwärts“ unter Privat-Klinik ein Angriff gegen meine Klinik Wollmer Str. 46 gebracht. Ich gebe dazu folgende Berichtigung: Dienstmädchen Anna Grychla wurde am 23. Februar, vormittags 11 Uhr, zur Aufnahme in meine Klinik angemeldet. Obgleich um 3 Uhr nachmittags die Aufnahme geschlossen wird, wartete der Arzt bis 4 Uhr. Jetzt wurde das Krankenbett anderweitig vergeben, da das Dienstmädchen nicht erschienen war. Die Grychla hielt es für passend, erst um 7 Uhr abends zu erscheinen, zu einer Zeit, in der keine Aufnahme mehr stattfinden soll. Ausnahmsweise wurde die Grychla noch aufgenommen, und in ein zweifelhaftes Vorderzimmer gebracht, nachdem das Bett eingeräumt war. Kaum war sie aufgenommen, fing sie über alles an zu schimpfen. Das Zimmer taugte nichts, die Betten taugten nichts, die ganze Einrichtung war schlecht. Als sie mit dem Scharakter fertig war, fing sie an, Befehle zu erteilen. Als dem Dienstmädchen dieses von der Krankenschwester unterlagt wurde, ging die Schimpferei wiederum los. Unterdessen war die Temperatur gemessen und konstatiert worden, daß kein Fieber vorhanden war; die Temperatur betrug 37,6.

In ihrer Verzweiflung telephonierte die Krankenschwester bei mir an, teilte mir die Vorgänge mit und sagte mir, daß die anderen Kranken sich so fürchtbar aufreizen über die neue Kranke und mit ihr nicht zusammen bleiben wollten. Ich sagte der Krankenschwester, sie solle dem Dienstmädchen Grychla sagen: sie solle sich entweder anscheinend betrogen oder sofort meine Anstalt verlassen. Die Krankenschwester richtete meine Bestellung aus und beruhigte die aufgeregten Kranken. Am nächsten Morgen betrug die Temperatur der Grychla 38,8: also eine Temperatur, die absolut normal ist und jede fieberhafte Krankheit ausschließt. 38,8 ist die Körpertemperatur eines vollständig gesunden Menschen.

Da das Dienstmädchen indessen ihr unangenes Betragen fortsetzte, den Anordnungen der Schwester nicht folgte, sondern wiederum eigene Befehle gab, so ließ ich dieselbe herunterbringen, ihr ihre Papiere geben und auffordern, die Anstalt sofort zu verlassen. Da fing sie auf einmal an zu weinen, der große Mund verkrampft, dagegen behauptete sie, sie könne nicht gehen, da sie gelähmt sei. Ich wollte eine Droschke holen lassen und brachte sie mit der Oberin die Treppe hinunter. Auf der letzten Stufe rief sich die Grychla los und ließ durch den Korridor, über den Strahndamm nach der anderen Seite der Straße, wo sie verstand. Alles dieses, trotzdem sie gelagt hatte, daß sie gelähmt sei. Das Dienstmädchen Grychla war also keine Kranke, sondern eine Simulantin. Die Entlassung mußte daher erfolgen.

Viele Angaben werden bedauerlich und beschwören vor Gericht: die Oberin, die Krankenschwester und fünf Kranke, welche den Vorgängen beigewohnt haben.

Berlin, 6. März 1916.

Dr. Anuschat.

Was hier berichtet wird, mögen unsere Leser selber sehen, indem sie jenen Artikel noch einmal nachlesen. Dabei werden sie auch Vergleiche anstellen zwischen der Form unserer Veröffentlichung und der Form, die Dr. Anuschat für seine Erwiderung gewählt hat. Der Artikel gab nur teilweise und sehr abgeschwächt die Darstellung wieder, die dem Vorstand des Hausangestelltenverbandes und dann auch uns von der Beschwerdeführerin vorgetragen worden war. Die Berichtigung“ enthält Wendungen, durch die die entlassene Patientin sich verletzt fühlen muß. Der Hausarzt hatte ihr eine Versicherung mitgegeben, daß sie an „fieberhafter Grippe“ litt

und der Uebertreibung ins Krankenhaus mittels Krankenwagens* bedürfte. In Dr. Knuschats Aufschrift vermischen wir eine bestimmte Versicherung darüber, wann er selber die Patientin zuerst sah.

Noteinigungsämter.

Der Magistrat hat die Preisen Grenzen der hiesigen Noteinigungsämter anderweit festgelegt. Vom 18. d. M. ab werden zuständig sein: Noteinigungsamt 1 — Blumenstr. 77 für die Stadtbezirke 98—113 und 177—201; Noteinigungsamt 4 — Lützowstr. 47/48 für die Stadtbezirke 279—323; Noteinigungsamt 7 — Senefelderstr. 6 für die Stadtbezirke 202—278; Noteinigungsamt 10 — Wilhelmstr. 10 für die Stadtbezirke 1—97 und 114—144.

Kammermusikabend.

Der vierte und letzte Kammermusikabend für die Berliner Arbeiterjugend und deren Angehörige findet morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Aula des Kloster Gymnasiums, Klosterstr. 74, statt. Darbietungen: Musik (Quintett von Mozart, Sextett von Brahms), Gesang (Lieder von Brahms), Einlaßacten 25 Pf.

Einer Gaskochung zum Opfer gefallen ist die 36 Jahre alte Directrice Margarete Gilbe, die für sich allein im 4. Stock des Seitenflügels auf dem Grundstück am Marheinekeplatz 4 wohnte. Nachdem man sie seit Sonnabend nicht mehr gesehen hatte, wurden Hausgenossen durch einen starken Gaskocher auf ihre Wohnung aufmerksam. Die Polizei mußte die Tür, die von innen verriegelt war, gewaltsam öffnen und fand die Wohnungsinhaberin tot im Bette liegen. Die Räume waren mit Gas angefüllt, der Gashahn der Lampe stand halb auf. Wahrscheinlich hat ihn das Mädchen beim Schlafengehen durch ein Versehen wieder aufgedreht, nachdem sie die Flamme gelöscht hatte.

Das Kasino-Theater in der Volkbringer Straße hat ein neues Programm herausgebracht. Herr Direktor Hans Berg hat aus viel Humor und einer Reizgabe von Sentimentalität unter Ausnutzung einer Anzahl von Bühnenkniffen, die den alten Praktiker erkennen lassen, in der „Vogelscheuche“ ein Stück zusammengebracht, das so recht nach dem Herzen seines Publikums ist. Wir lernen da einen Mann kennen, der eine Vogelscheuche heiratet und erst nach zwei Jahren dahinterkommt, daß seine Frau in Wirklichkeit bei allen sonstigen guten Eigenschaften zum Ueberflus eine brillante Schönheit ist. Im Leben ist es gewöhnlich umgekehrt. Wie sich's für ein „Vollstück“ geziemt, wird zum Schluß die Tugend belohnt und das Laster bestraft. — Eingeleitet wird das Programm durch einen geistreichen buntten Text. Ein Kinobild zeigt farbenprächtige Naturgenien. Terla Semmeloff ist eine übermüdete Jodlerin, die zum Schluß vor Vergnügen Mad schlägt. Das Tom-Tiebig-Trio (ein Herr und zwei Damen) beherstet die unmöglichsten Instrumente vom Stangeball bis zur Liebesgabentüte. Herr Felix Felder ist ein guter Humorist. — Das Publikum geht nicht mit dem Weisfall.

Glühend aufgefunden wurde der 42 Jahre alte Stellmacher August Niemiak in einem Vorgarten am Holsteiner Wer. Man brachte ihn mit einer Droschke nach dem Krankenhaus Reabit. Als er aber dort ankam, war er schon tot.

Aus den Gemeinden.

Der Stadthaushaltsetat von Charlottenburg.

Der Charlottenburger Etat für das Jahr 1916, dessen Beratung am Mittwoch beginnt, enthält manderlei für die Bevölkerung nicht gerade angenehme Uebersetzungen. Nicht nur daß der Magistrat den Gemeindeeinkommensteuereinzuschlag von 140 auf 170 Proz. und die Erhebungssätze für die Gewerbesteuerklassen I und II von 150 auf 165, die für die Klasse III von 100 auf 150 Proz. erhöhen will, tritt er auch sonst mit einer Reihe von Vorschlägen hervor, die eine wesentliche Belastung der Einwohnerschaft bedeuten. So soll u. a. der Einheitspreis für den Privatgasverbrauch von 13 auf 16 Pf. erhöht werden. Begründet wird diese Forderung damit, daß die Gesamtausgaben der Werke ohne Reingewinn von 9 353 950 auf 11 529 535 M., also um 2 175 905 M. gestiegen sind, eine Steigerung, die hauptsächlich auf die Mehrausgaben für Kosten zur Vergasung mit 1 743 950 M. und auf den neu eingeführten Betrag zur Zahlung der Lohnanteile an die Angehörigen der Kriegsteilnehmer in Höhe von 430 000 M. zurückzuführen ist. Während der Durchschnittseinheitspreis des Kohlepreises im Etat für 1915 mit 22 M. veranschlagt ist, mußten in den Etat für 1916 hierfür 27,50 M. eingesetzt werden. Dazu kommt, daß die für die Gasproduktion jetzt verwendete Kohle weniger ergiebig als die früher verwendete englische Kohle ist. Diese Gründe scheinen auf den ersten Blick die beachtliche Erhöhung des Gaspreises zu rechtfertigen, aber nur auf den ersten Blick; ein wesentlich anderes Antlitz gewinnt die Sache, wenn man sieht, daß trotz der gesteigerten Produktionskosten mit einem Ueberschuß von 2 031 600 M. aus dem Betriebe der Gaswerke gegen 1 568 000 M. im laufenden Jahr gerechnet wird. Angesichts dieser Zahlen muß man sich doch fragen, ob die Erhöhung innerlich noch gerechtfertigt ist.

Nach größeren Bedenken haben wir gegen die vom Magistrat vorgezeichnete Erhöhung der Kurkosten in den städtischen Krankenhäusern. Nach dem Etat sollen vom 1. April ab die Sätze in der dritten Klasse für alle in Charlottenburg wohnhaften erwachsenen, d. h. über 12 Jahre alten Personen und für alle Mitglieder von Krankenkassen, Abonnementvereinen und Versicherungsgesellschaften 4 M., gegen bisher 3 M., für alle in Charlottenburg wohnhaften Kinder unter 12 Jahren (ausschließlich Säuglinge) wie bisher 3 M., für auswärts wohnende Personen, soweit nicht die Kurkosten von Krankenkassen usw. getragen werden, gleichmäßig für Erwachsene und Kinder 5 M. statt bisher 3,50 M. pro Tag betragen. Hieraus würden sich nach dem Etatsvorschlag Mehreinnahmen in Höhe von 299 000 M. allein bei dem Krankenhaus Wesend ergeben. Im ganzen steht der Etat der Krankenhäuser eine Mehreinnahme von 403 470 M. vor, der nur eine Mehrausgabe von 280 465 M. gegenüberstellt.

Weiter sollen vom 1. Oktober ab auch die Schulaufgaben an den gewerblichen Fortbildungsschulen erhöht werden. Erheblich verringert hat sich der Zuschuß für die offene Armenpflege, weil ein großer Teil von Armenpflegefällen von der Kriegswohlfahrtspflege übernommen ist. Ebenso sind die Armenkassenpflegelöhne geringer angefallen, weil die Zahl der unterzubringenden Personen zurückgegangen ist. Die Bürgermädchen Schule, Gemeindefrauen und Kinderärgerien erfordern einen Mehraufwand von nur 87 742 M., der hauptsächlich durch die steigenden Alterszulagen der Lehrkräfte und die Mehrforderungen für Ruhegehälter sowie Witwen- und Waisenverpflegung verursacht ist.

Nicht auf den Etat genommen sind die Kriegsausgaben, die Mittel hierfür werden vielmehr sämtlich vorschüssweise von der Stadtkasse hergegeben. Bis Ende Januar 1916 waren für die Kriegswohlfahrtspflege verausgabt: Reichsumsätze 5 848 000 M., städtische Zuschüsse einschließlich Ausgaben für Lebensmittel, Pflanzlingsstelle, Erwerbslosgeldleistungen usw. 5 423 264 M., Nebeneinkünfte 3 487 428 M., zusammen 14 758 732 M., bis Ende Februar betragen die Ausgaben 16 109 000 M. Hieraus sind bisher von der Regierung und dem Landesdirektor 2 707 062 M. erstattet, so daß noch 13 811 938 M. übrig bleiben. Rechnet man noch die Betriebsmittel für die Volksernährungsfürsorge, das Konto der städtischen Darlehnskasse und die übrigen Kriegsvorschußkonten hinzu, so ergibt sich eine Gesamtausgabe für A und B der Kriegswohlfahrtspflege bis Ende Februar in Höhe von 13 904 000 M.

Etatberatung und Lebensmittelbedarfe in Schöneberg.

Der Rämmerer Machowicz, der in der Sitzung am Montag die Vorlegung des Etat begründete, führte einleitend aus, daß man

bei der Aufstellung des Etats die größte Sparfameit habe walten lassen. Trotzdem betragen die Mehreinnahmen aus der Gemeindefiskus und dem Elektrizitätswerk etwas mehr als 1 Million Mark. Allein der Anstieg an Gemeindefiskus bei den Kriegsteilnehmern sei auf 850 000 M. gestiegen. Neue Steuerarten könnten jetzt nicht eingeführt werden, auch nehme der Magistrat von der Erhöhung der Kinosteuer Abstand. Die Gewerbesteuer könnte auch nicht mehr belastet werden, und es entstehe die Frage, inwieweit die Gesamtbelastung herangezogen werden könne.

Beste (Lib. Fr.) wünscht zu hören, was der Stadt an Ausgaben für Kriegsvorsorge bisher von der Regierung erstattet worden sei. Er tritt ferner dafür ein, daß in der Lebensmittelversorgung bessere Maßnahmen getroffen, insbesondere mehr Verkaufsstellen eingerichtet und mehr Personal eingesetzt werde. Die Kinosteuer könnte noch etwas erhöht werden; im übrigen will er es der Frömmigkeit des Magistrats überlassen, neue Steuern zu unterbreiten. Er verlangt ferner, daß genau geprüft werde, ob den 170 Proz. zugestimmt werden könne.

Genosse Bernstein betonte, daß unter der Sparfameitpolitik auf keinen Fall die sozialen Aufgaben leiden dürften. Der Ertrag der Wertzuwachssteuer mit 40 000 M. sei wohl etwas sehr lähn genommen. Ob eine Steuererhöhung auf 170 Proz. unbedingt erforderlich sei, müsse genau geprüft werden. Nicht gutzuheißen sei es, wenn die Stadt Kriegsschädigte zu geringeren Löhnen einstellt, indem sie die Kriegsgente mit in Betracht ziehe. Nicht bedauerlich sei es ferner, wenn Angehörigen der Kriegsteilnehmer, die im Felde gefallen, der Wiederaufbau entzogen wird. Notwendig sei ferner, ein einheitliches Groß-Berlin zu schaffen.

Jahow (Lib. Vg.) wünscht, daß mehr Augenmerk der Untergrundbahn zugewendet werde, damit dort weniger geparkt und dem Publikum mehr Bequemlichkeit geboten werde. — Der Etat wurde darauf dem Ausschuss überwiesen.

Hierauf gelangte der in der vorigen Sitzung gestellte sozialdemokratische Dringlichkeitsantrag zur Verhandlung.

Reyer (Lib.) glaubte, daß der Antrag auf Einführung der Butterkarte nicht so leicht zu lösen sei, denn nur eine Reichsbutterkarte könne Abänderung der bestehenden Mißstände schaffen. In der Kartoffelfrage müsse betont werden, daß die städtischen Verkaufsstellen niemals ohne Kartoffeln waren. Ferner werden für Schöneberg 3000 Schweine gemästet, die demnach auf den Markt kämen. Der sozialdemokratische Antrag sei daher überflüssig geworden; jedoch soll für die Lebensmittelbeschaffung eine besondere Deputation eingesetzt werden.

Genosse Rüter betonte, daß man jetzt schon eher die in der vorigen Sitzung geringen Uebelstände als berechtigt anerkenne. Öffentlich bringe die Neuordnung der Butterfrage wenigstens eine gerechtere Verteilung der Butter. Kartoffeln waren in letzter Zeit nicht genügend vorhanden. Schweinefleisch sei allerdings eingetroffen, aber nur im ganzen zehn Schweine. Auch Saatkartoffeln müßten in genügender Weise zur Verfügung gestellt werden.

Stadttrat Licht erklärte, daß genügend Fleisch vorhanden sein werde, um die Bevölkerung möglichst zu befriedigen. Saatkartoffeln sollen jebem Antragsteller überwiesen werden.

Petersamp (Lib. Fr.) sprach mit Entrüstung davon, daß in allen Kreisen viel Zeit und besonders Butter verbraucht würde; man solle damit viel sparsamer umgehen, dann wäse auch genügend vorhanden. So aber sei das Publikum selbst der Hauptschuldige. Leute aus dem Arbeiterstande legten die Butter sehr dick auf. Dort seien die eigentlichen Schuldigen zu finden. Die Genossen Hoffmann und Peterson wiesen die Anschuldigungen des Redners, soweit die Arbeiterschaft in Frage kommt, entschieden zurück.

Genosse Obft wünschte, daß die Verwaltung des Rieselgutes sich mehr mit der Schweinemästerei beschäftigen möge. Ein vorgenommener Versuch habe sich sehr gut bewährt.

Stadttrat Licht erklärte, daß allerdings nur zehn Schweine zur Verteilung gekommen seien, die an Fleischer, in Arbeitervierteln wohnhaft, abgegeben wurden. Eine genaue Kontrolle lasse sich leider nicht so durchführen als es wünschenswert wäre. Bei der Abgabe der neuen Fleischsendung sollen ganz bestimmte Vorschriften für die Schächter erlassen werden.

Hierauf wurde der sozialdemokratische Antrag dem Magistrat als Material überwiesen. Es folgte geheime Sitzung.

Aus der Pankower Gemeindevertretung.

Die ursprüngliche Absicht, das Amt des vor über Jahresfrist gefallenen Bürgermeisters Kuhr erst nach Beendigung des Krieges neu zu besetzen, ist in Anbetracht der Länge des Krieges fallen gelassen worden. Die Wahl des zukünftigen Gemeindevorstehers von Pankow soll vielmehr möglichst bald vollzogen werden und sind vorbereitende Schritte hierzu bereits getan. Weniger dringend ist die Wiederbesetzung der Stelle des ebenfalls bald nach Kriegsbeginn gefallenen Gemeindevorstehers Dr. Müller. Dieses Amt dürfte erst nach Friedensschluß neu besetzt werden. Ein wesentlich verändertes Aussehen wird auch die Gemeindevertretung durch die in diesem Monat stattfindenden Gemeindevertreterwahlen erfahren. Es sind nicht weniger wie 8 Vertreter zu wählen. Aus der ersten Abteilung scheiden 3, aus der zweiten 3 und aus der dritten 2 aus. Durch Ueberschneidungen zwischen unseren Parteigenossen und den Bürgerlichen ist für die kommende Wahl Aufrechterhaltung des bisherigen beiderseitigen Verhältnisses vereinbart worden. Danach ist in der dritten Abteilung das seitherige Mandat des im Felde stehenden Genossen Kudja (im 4. Bezirk) leikereim von neuem und das andere (im 3. Bezirk) wiederum den Bürgerlichen überlassen worden. Die Wahlen finden auf Grund der alten, vor Kriegsbeginn aufgestellten Wählerliste statt. Der genaue Wahltermin steht noch nicht fest.

Gemeindevertreterwahl in Adlershof.

Sonntag, den 12. März, findet für die 3. Abteilung die Ergänzungswahl zum Gemeinderat statt. Gewählt wird in der Zeit von 1 bis 4 Uhr nachmittags im Lokal von Lehmarüber, Bismarckstraße 2. Kandidat ist der Genosse

Karl Schwarzlose.

Die Parteigenossen werden ersucht, rechtzeitig zur Wahl zu gehen.

Butterversorgung in den Kreisen Teltow und Niederbarnim.

Die Landräte der beiden Landkreise geben die Orte bekannt, welche der Butterversorgungsstelle Groß-Berlin angeschlossen werden. Dazu gehören im Kreise Teltow: Teltow, Jossen, Adlershof, Altglienicke, Vabelsdorf, Wankenselde, Boddinsfelde, Vohndorf, Brujendorf, Dudow, Dabendorf, Dahlowitz, Deutschwusterhausen, Diebersdorf, Diepensee, Drevitz, Düppel, Eichwalde, Wladow, Großbeeren, Großkörnitz, Großmachnow, Großziethen, Grünau, Grünau-Dahmer-Forst, Hohertelme, Kleinbeeren, Kleinglienke, Kleinkörnitz, Kleinmachnow, Kleinziethen, Königswusterhausen, Lichtenrade, Nahlow, Niersdorf, Müggelheim, Wächterendorf, Rowames, Södorf, Swanteninsel, Potsdamer-Forst, Rangsdorf, Robitz, Rudow, Ruhleben, Ruhldorf, Schildhorn, Schmüdow, Schmöckwitzwerder, Schönefeld, Seelow, Sengig, Stahndorf, Wabmannsdorf, Zernsdorf, Zentsch.

In Niederbarnim: Alllandsberg, Bernau, Cranienburg, Bieddorf, Birkenwerder, Blankenburg, Buch, Dahlowitz, Erner, Frederksdorf, Friedrichshagen, Frohnau, Glienicke, Heiligensee, Hennsdorf, Hergfelde, Hohenneudorf, Kallberge, Karow, Kaufdorf, Kleinschönebeck, Lehnitz, Lübars, Walsdorf, Wargalin, Wälschen, Wewenhausen, Petershagen, Rahnsdorf, Rühndorf, Schöneiche, Schönerlinde, Schönau, Schönwalde, Taddorf, Wanditz, Welsee, Woltersdorf, Zepernsd.

Um den Butterbedarf dieser Orte festzustellen, wird gleichzeitig bestimmt, daß die Inhaber von Prokarten ihre Prokarte für die laufende Woche bis zum 10. März 1916 bei dem Gemeindevorstand ihres Wohnorts vorzulegen haben. Gegen Abstempelung dieser Karten erhalten sie Buttermehlfaktoren in entsprechender Zahl.

Diese Buttermehlfaktoren sind bis zum 12. d. M. in den Verkaufsstellen abzugeben, von denen Butter bezogen werden soll. Der Inhaber des Verkaufsfaktors hat die bei ihm abgegebenen Buttermehlfaktoren, sofern er die Butter von einem Groß-Berliner Großhändler bezieht, diesem bis spätestens den 14. März 1916 zuzustellen. Der Großhändler seinerseits hat, um Butter zugeleitet zu erhalten, die Buttermehlfaktoren bis spätestens den 15. März 1916 der Butterversorgungsstelle Groß-Berlins zu Berlin C.2, Poststraße 16, einzureichen.

Da der Butterverkäufer Butter von außerhalb Groß-Berlins bezogen oder selbst erzeugt, so hat er die Buttermehlfaktoren bis zum 14. März 1916 der Butterversorgungsstelle Groß-Berlins unmittelbar einzureichen.

Krankenhäuser, Privatkliniken und ähnliche Anstalten, die keine Prokarten erhalten, ferner Gasthöfe und Speisebetriebe haben spätestens am 12. März 1916 fröh der Ortsbehörde des Wohnorts anzuzeigen, wieviel Butter sie im Durchschnitt der letzten sechs Wochen wöchentlich in ihrem Betriebe verbraucht und von wem sie die Butter bezogen haben.

Aus der Potsdamer Magistratsitzung.

Der Magistrat hat zu den Vorbesprechungen des Finanz-Ausschusses bezüglich der Erhöhung der Gemeindefiskalzuschläge Stellung genommen und beschlossen, die Gemeindefiskalzuschläge für 1916 von 110 auf 100 Proz. zu erhöhen. — Außerdem hat der Magistrat noch zu den überhandnehmenden Käuferansammlungen auf den Straßen Stellung genommen und beschlossen, im Palais Barberini den Verkauf städtischer Lebensmittel unter Hinzunahme der Räume des Verkäufsbureaus einzurichten und die neue Verkaufsstelle mit allen geeigneten Waren zu versehen und einen Kontrolleur mit der Beaufsichtigung des Verkaufes städtischer Lebensmittel bei den Kaufleuten zu betrauen.

Soziales.

Polizeihund-Zwangsetatifizierung.

Dem Versuch des Fiskus, ihm obliegende Kosten der Stadt aufzubuhlen, trat das Oberverwaltungsgericht in einer bemerkenswerten Entscheidung entgegen.

Ein Bergmann aus Unna war auf einem Wege von einem Polizeihund gebissen worden, den ein Polizeiergant bei Ausübung seines Dienstes mit sich führte. Für den Schaden nahm der Bergmann im Zivilrecht den Fiskus als Tierhalter gemäß § 883 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Anspruch. Infolge rechtskräftiger Urteile des Oberlandesgerichts in Hamm und des Landesgerichts Dortmund zahlte auch der Fiskus an den Verletzten 208 M. Schadenersatz. Diese Summe verlangte dann der Fiskus von der Stadtgemeinde Unna als Trägerin der örtlichen Polizeikasse ersetzt, indem der Fiskus geltend machte, es handle sich hier um Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung. Die Stadt lehnte die Zahlung ab. Im Feststellungsverfahren erklärte dann der Regierungspräsident die Stadt als Verpflichtete, diese Kosten zu tragen. Als die Stadt bei ihrer Weigerung verblieb, verfügte der Regierungspräsident die Zwangsetatifizierung. Die Stadt sollte die Summe in ihren Etat einstellen. Die Stadt Unna klagte auf Aufhebung der Zwangsetatifizierung, weil es sich nicht um Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung, sondern um solche Kosten handele, die dem Staat (Fiskus) durch gerichtliches Urteil auferlegt seien.

Das Oberverwaltungsgericht gab der Klage der Gemeinde Unna statt und setzte die Zwangsetatifizierung außer Kraft.

Der Kriegsschein.

Die Firma Buhke glaubte sich berechtigt, einem von ihr entlassenen Arbeiter den Kriegsschein zu verweigern, weil der Arbeiter wegen Entwendung von Messing entlassen wurde. Der Kriegsausschuss in der Metallindustrie hat dem Arbeiter den Kriegsschein zugesprochen.

Als er denselben erhielt, war er 11 Tage arbeitslos gewesen. Für diese Zeit verlangte er durch Klage beim Gewerbegericht 110 M. Schadenersatz. Die Kammer 5 unter Vorsitz des Magistratsrats Schulz verurteilte die Firma zur Zahlung mit der Begründung: In diesem Falle sei ja das Urteil eine gewisse Härte gegen die Firma, aber nach Lage der Sache sei der Anspruch des Klägers begründet. Nach den Bestimmungen der Feldzeugmeisterei müsse im Falle der Entlassung der Kriegsschein ohne weiteres erteilt werden. Ein Unterchied, aus welchen Gründen die Entlassung erfolge, werde in der Verfügung der Feldzeugmeisterei nicht gemacht. Das Gericht habe deshalb nach dem Klageantrage erkennen müssen.

Der Krankengeldanspruch der Soldaten.

Wer als Soldat die Mitgliedshaft bei seiner bisherigen Krankenkasse fortgesetzt hat, hat Anspruch an die Krankenkasse in dem gleichen Umfange, wie sie jedem anderen Krankenkassenmitglied auch zusteht. Erleidet er eine Krankheit — auch die Verwundung ist eine solche —, so steht ihm der Anspruch auf das Krankengeld zu, wenn die Krankheit berast ist, daß sie Arbeitsunfähigkeit zur Folge hat. Arbeitsunfähigkeit in diesem Sinne liegt vor, wenn der Soldat nicht instande sein würde, die frühere Arbeit, die seine Versicherungspflicht begründete, verrichten zu können. Natürlich muß der Krankengeldanspruch der Krankenkasse der Nachweis der Krankheit erbracht werden.

Für den von der Militärverwaltung verpflegten Soldaten besteht natürlich keinerlei Anspruch auf die Gewährung von ärztlicher Behandlung und der Versorgung mit Arznei usw. durch die Krankenkasse. Diese Leistungen gewährt ihm ja die Militärverwaltung. Diese ist zur Gewährung in erster Linie dazu verpflichtet, und deshalb braucht die Krankenkasse diese Leistungen nicht zu gewähren. Wohl aber, wie noch einmal besonders betont werden soll, muß die Krankenkasse ihm Krankengeld gewähren. Dies wird also dem Soldaten neben der eventuellen Lazarettbehandlung und neben der ihm zustehenden Krankenlohnung gewährt.

Anderer ist natürlich die Rechtslage, wenn der Soldat, wie es ja in der Mehrzahl der Fälle zutrifft, die Mitgliedshaft bei der Krankenkasse nicht fortgesetzt hat; dann steht ihm nur ein Anspruch auf die oben erwähnte Zahlung des Krankengeldes zu, wenn er innerhalb der ersten drei Wochen seit dem Ausscheiden aus der der Krankenversicherungspflicht begründeten Beschäftigung erkrankt (oder verwundet wird). Voraussetzung für die Gewährung des Krankengeldes ist nur, daß der Soldat vor dem Ausscheiden aus der Versicherungspflichtigen Beschäftigung in den vorausgegangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 8 Wochen gegen Krankheit versichert war. Endlich aber auch muß die Erkrankung (oder Verwundung) im Inlande erfolgt sein. Streng besteht darüber, ob nicht auch das von unseren Truppen besetzte Ausland als Inland im Sinne des Gesetzes zu betrachten ist, ob ferner nicht als Inland im Sinne der Versicherungsgegebung jedes Land zu erachten ist, in dem deutsche Truppen kämpfen. Es ist nicht erforderlich, daß die Erkrankung schon innerhalb der ersten drei Wochen auch Arbeitsunfähigkeit zur Folge gehabt hat. Ist die Erkrankung nachweislich in den drei Wochen eingetreten und läßt sich das durch ärztliche Bescheinigung darthun, dann wird, wenn diese Krankheit nach Ablauf von drei Wochen Arbeitsunfähigkeit in dem oben erläuterten Sinne zur Folge hat, das Krankengeld von diesem Zeitpunkt ab gewährt.

Da die Ansprüche an die Krankenversicherung in zwei Jahren nach dem Tage der Entstehung verjähren, ist die

Möglichkeit gegeben, noch jetzt in vielen Fällen einen Anspruch geltend zu machen, von dem der Berechtigte bisher keine Kenntnis gehabt hat. Man mache unsere Kriegsbeschädigten auf diese Rechtslage aufmerksam.

Gerichtszeitung.

Wie aus Schnaps Wasser werden kann.

Eine tragikomische Wirtshauszene lag einer Anklage zugrunde, die gestern den Gastwirt Richard Kuhnert und den Kellner Teichert vor die I. Strafkammer des Landgerichts I führte.

Es war vom Schöffengericht zu 20 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er entgegen der Polizeivorschrift noch nach 9 Uhr einen Schnaps vertrieben habe; f. soll ihm Beihilfe geleistet haben und war deshalb in 10 M. Geldstrafe genommen worden. Beide hatten Verzuhung eingelegt. Es war an einem Tage, als eben die Polizeiverordnung veröffentlicht worden war, als ein Kriminalwachmeister in dem Lokal des Angeklagten in der Frankfurter Allee sich eingefunden hatte, um die Befolgung der Verordnung unauffällig zu kontrollieren. Kurz nach 9 Uhr trat ein Mann ans Büfett und verlangte zwei Stenobier; der Wirt aber wies das Verlangen ab unter dem Hinweis darauf, daß 9 Uhr bereits vorüber sei. Gleich darauf bemerkte der Kriminalbeamte, daß der Kellner Teichert an den Schanftisch trat, sich ein vor ihm stehendes Kümmelglas mit heller Flüssigkeit füllte und T. im Begriff stand, das Glas selbst zu leeren. In demselben Augenblick, als er das Glas an den Mund setzen wollte, klappte der Beamte auf ihn zu, rief ein gebieterisches Halt und erklärte, daß gegen die Polizeiverordnung betr. das Verbot des Ausschänkens von Schnaps nach 9 Uhr verstoßen sei. T. war infolge dieser plötzlichen Störung so erschrocken, daß er das Glas zu Boden fallen ließ, wo es zerbrach. Die beiden Angeklagten wollten dem Beamten gleich erklärt haben, daß in dem Glase kein Schnaps, sondern nur Wasser enthalten gewesen sei. Der Beamte, der bestreitet, eine solche Erklärung gehört zu haben, war der Meinung, daß T. das Glas absichtlich zertrümmert habe; er rief noch an einem Eckertischen des Glases, und da dieser nach seiner Meinung starr nach Schnaps roch, nahm er dieses corpus delicti an sich und entfernte sich. Die Verhaftung der beiden Angeklagten erfolgte dann vor dem Schöffengericht. In der Verurteilung inszenanz blieben beide Angeklagte bei der Behauptung, daß es sich tatsächlich nicht um Schnaps, sondern um Wasser gehandelt habe und der Angekl. Teichert gab hierzu folgende Erklärung: Es komme oft vor, daß Gäste des Lokals ihm sagten, er solle auf ihre Rechnung auch ein Glas Schnaps trinken. Um nun während seines Dienstes einen klaren Kopf zu behalten und den Großchen nicht in Schnaps anzulegen, sondern für sich als Trinkgeld zu sparen, steige am Büfett eine Kümmelflasche mit Wasser gefüllt, aus der er ein Schnapsglas mit Wasser fülle und es auf das Wohl der Spender leere, die dann glauben, daß er Schnaps getrunken habe. — Der Gerichtshof hielt diese Erklärung zwar für sehr unwahrscheinlich, aber doch nicht für ganz unmöglich und kam im übrigen aus folgenden Gründen zur Freisprechung: Es sei festgestellt, daß der Schanftisch kurz vorher einem Dritten den Verkauf von Schnaps verweigert habe. Dazu komme, daß es zweifelhaft sei, ob, wenn sich der Kellner wirklich zu seiner Stärkung einen Schnaps hinter die Halsbinde gegossen haben sollte, darin ein „Ausschänken“ erblickt werden könne. Denn nach den Aussagen des T. und anderer Zeugen habe sich dieser das Glas selbst gefüllt und A. habe dies nicht hindern können. Falls somit eine Straftat des A. weg, so könne auch von einer Begünstigung auf Seiten des T. keine Rede sein. Daraus folge die Freisprechung der beiden Angeklagten.

Aus aller Welt.

Was ist richtig?

In der Nummer 76 der „Schlesischen Volkszeitung“ befindet sich in einem Artikel folgende Stelle:

„Das religiöse Bedürfnis ist im deutschen Heere im zweiten Kriegsjahre lange nicht in dem Maße vorhanden, wie dasheim angenommen wird. Die erhoffte und erbetete Wiedergeburt des deutschen Volkes ist ausgeblieben.“ Und in Nr. 77 desselben Blattes ist zu lesen:

„Die harte Not des Krieges hat die Sehnsucht nach Religion noch gesteigert.“ Es ist bekannt, daß über die Frage, ob der Krieg den Soldaten wie den Dabeingebliebenen eine religiös-sittliche Erneuerung und Vertiefung gebracht hat, große Unklarheit herrscht, und daß viel über sie gestritten wird. Um aber eine solche Klarnote hinwegzukommen, ist es allerdings das Beste, man verfährt wie das schlesische Zentrumblatt und erhebt beide Behauptungen. Die eine oder die andere wird dann schon richtig sein.

Nachahmensewerte Selbsthilfe.

Einer von den Bauern, die bisher „keine Kartoffeln mehr“ hatten, die aber gerade Geld brauchen, fuhr mit 50 Zentnern der jetzt so begehrten Ware nach Breslau und wurde im Handumdrehen auf der Straße einen Zentner nach dem anderen los — allerdings für 5 M., 1,25 M. über dem für den Kleinhandel festgesetzten Höchstpreis. Mitten in das Geschäft kam der Ortsleiter des Wärderverbandes, der den nächsten Polizeikommissar herbeigerufen. Dieser stieg dem Bauern auf das Dach und zwang es, jedem noch anwesenden Käufer 1,25 M. pro Zentner zurückzugeben. Der noch vorhandene Rest von 6 Zentnern wurde auf der Stelle für 3,75 M. angekauft. Beträgt über die neuomodische Geleitzung zog der Bauer mit erleichtertem Beutel heimwärts nach Groß-Neuschütz, allwo er gewiß noch mehr Kartoffeln hat.

Ein spanisches Schiff gesunken. „Lloyd“ melden aus Santos vom 6. März: Der spanische Dampfer „Principe de Asturias“ ist gestern früh drei Meilen östlich von der Insel San Sebastian auf einen Felsen gelaufen und binnen fünf Minuten gesunken. 86 Mann von der Besatzung und 57 Passagiere sind von dem französischen Dampfer „Bega“ nach Santos gebracht worden; 388 Passagiere und 107 Mann von der Besatzung werden vermißt. Der spanische Dampfer „Principe de Asturias“ befindet sich an der Unglücksstelle. Der „Principe de Asturias“ war auf der Fahrt von Barcelona nach Buenos Aires und hatte Las Palmas am 24. Februar verlassen.

Bootsunglück. Als Dienstagabend fünf Arbeiter ihre Arbeitsstellen in Ostwinde verlassen, um ihre Wohnstätten zu erreichen, schlug das Vool, das sie zur Überfahrt über die Swine benutzten, um und vier Arbeiter erkrankten.

Von einer Lawine verschüttet. Wie der „Mexican Zeitung“ aus Italicenisi Tirol gemeldet wird, wurde der Kurarzt Dr. Alexander Walter aus Meran mit einem Blockhaus, in dem er sich aufhielt, zusammen von Schneemassen in die Tiefe gerissen. Seine Leiche wurde bereits gefunden.

Explosionskatastrophe in einem amerikanischen Kohlenbergwerk. Auf eine bisher noch unauferklärte Weise ereignete sich in dem Schacht Ernest Mine der Clearfield Coal Iron Company in Ernest (Pennsylvania) eine schwere Explosion. Neunzehn Bergleute wurden getötet, vier andere schwer verletzt, weitere drei werden vermißt.

Der Kanonendonner von Verdun in Thüringen hörbar. Man schreibt der „Deutschen Tageszeitung“ aus Langensalza, 6. März: Der Kanonendonner von Verdun ist auch bei Langensalza

gehört worden, und zwar auf der Hommingslober Höhe, auf der Straße, die von Langensalza nach Hommingslober führt. Tag und Zeit der Wahrnehmung schließen den Jertum aus, daß etwa Artillerie-Truppenteile in der Nähe Schießübungen abgehalten haben könnten; es war Sonntag nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr. Wahrnehmbar war der Donner in etwa 50 bis 100 Meter Straßenlänge, wie man sich durch Vor- und Rückwärtsgehen überzeugen konnte.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 473 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 1. und 2. Garde-Reg.-Reg.; Garde-Gren.-Reg. Alexander (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 218). Lehr-Inf.-Reg. Gren.-, Inf.- oder Füf.-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 5 bis einschl. 11, 14, 17 bis einschl. 23, 25, 31, 33, 34, 37, 39 bis einschl. 43, 43 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 208), 44 bis einschl. 55, 56 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 186), 60 bis einschl. 68, 70, 71 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 208), 74, 76, 77, 78, 83, 85, 92, 95, 98, 115, 116, 129, 130, 131, 135 (f. Inf.-Reg. Nr. 186), 138, 143, 147, 148, 151, 152, 153, 155, 158, 159, 161, 162 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 21), 164, 165, 167, 168, 170, 173 bis einschl. 176, 184, 185, 188, 189, 190, 193, 196, 301, 309, 361, 362, 363. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 7, 8, 9, 12, 17, 18, 20, 21, 24, 30, 31, 34, 35, 40, 46, 48, 49, 52, 53, 55, 56, 59, 60, 61, 64, 66 bis einschl. 69, 71, 76 bis einschl. 80, 82, 83, 94, 110, 111, 113, 202, 204 bis einschl. 216, 218 bis einschl. 221, 223, 224, 228 bis einschl. 233, 250, 257, 258, 260, 262, 263, 264, 270, 272. Erf.-Inf.-Reg. Annalt. Ref.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 1. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 5, 7, 9, 18, 19, 20, 21 (f. auch Erf.-Festungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 2 (Graubenz)), 22 bis einschl. 27, 29, 31, 32 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 207), 33, 34, 46 bis einschl. 49, 51, 52, 57, 61, 65, 66, 75, 76, 87 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 17), 116, 349. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 3. Landst.-Inf.-Regimenter Nr. 3, 7 bis einschl. 10, 20, 23, 109, 115. Heberplanmäßiges Landw.-Inf.-Bat. Nr. 4 des 4. Armeekorps. Feld-Erf.-Bataillone der 2. Garde-Reg. und der 42. Inf.-Div. Front-Erf.-Bat. der 77. Ref.-Div. (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 257). Brig.-Erf.-Bat. Nr. 23. Landw.-Brig.-Bat. Nr. 43 (f. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 3). Landst.-Inf.-Bataillone: 2. Bogen, 2. Heideberg (f. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 109), 3. Mühlberg, Rieburg, 5. Landst.-Inf.-Erf.-Bat. Saarbrücken. Ausbildungs-Brig. des 28. Reservekorps. Erf.-Depot des 40. Reservekorps. Rekruten-Depots der Armeekorps-Erf. Scholz und der 12. Landw.-Div. Etappen-Hilfskomp. Nr. 25. Garnison-Bat. Posen Nr. 1. Jäger-Bataillone Nr. 4 und 8. Feld-Maschinengew.-Zug Nr. 245 (f. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 8). Erf.-Festungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 2 (Graubenz).

Kavallerie: Garde-Kürassiere. Kürassiere Nr. 6. Husaren Nr. 6. Ulanen Nr. 1 und 3. Ref.-Erf.-Escadr. des 14. Armeekorps. Feldartillerie: Regimenter Nr. 40, 55, 70, 72, 76, 225; Ref.-Regiment Nr. 18, 17, 51.

Fußartillerie: Regiment Nr. 7 und 15; Ref.-Regimenter Nr. 8, 14, 17. Fuhrart.-Batterien Nr. 258, 263, 354, 573, 628. Schwere Feldart.-Batt. Nr. 227.

Pioniere: I. Garde-Bat. Regiment Nr. 20, 23, 24, 31, 36. Bataillone: I. Nr. 1. I. und II. Nr. 2, I. Nr. 4, II. Nr. 7, I. und II. Nr. 14, III. Nr. 28; Ref.-Bat. Nr. 33. Erf.-Bataillone der Pionier-Bataillone Nr. 2 und 15. Pionier-Komp. Nr. 104; Ref.-Kompagnien Nr. 45, 47, 49, 50, 52, 84, 87; 3. Landw.-Komp. des 6. und 1. des 14. Armeekorps. Minenwerfer-Kompagnien Nr. 10 und 233.

Verkehrstruppen: Feldbahn-Betriebskomp. Nr. 104. Telegr.-Bat. Nr. 6. Feldfliegertruppe. Kraftfahr-Bat. Tram: Train-Abt. Nr. 8. Staffelfab. Nr. 112. Ref.-Fuhrpartilolonne Nr. 60. Ref.-Baderkolonne Nr. 29; Etappen-Baderkolonne Nr. 11. Armeekorps-Bräden-Abt. Nr. 1.

Sanitäts-Formationen: Landw.-Sanitäts-Kompagnien Nr. 15 und 25. Ref.-Sanität Nr. 1. Wochun. Freiwillige Krankenpflege. Armierungs-Formationen: Armierungs-Bataillone Nr. 82, 38, 44, 65, 83, 88, 91 (f. auch Feldart.-Reg. Nr. 55). Armierungs-Erf.-Kommando Neubann.

Bewachungs-Formationen: Bewachungskomp. Nr. 6 der Bau- und Maschinen-Abteilung der Rhenan-Armee; Bewachungskommando des Kriegsgefängnislagers Posen. Bezirkskommando Kottbus.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 253 wird veröffentlicht, deren Inhalt wir schon gestern mitgeteilt haben.

Die württembergische Verlustliste Nr. 352 meldet Verluste des Landst.-Inf.-Reg. Nr. 13; Gren.-, Ref.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 119; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 120; Inf.-Reg. Nr. 121; Füf.-Reg. Nr. 122; Gren.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 123; Inf.-Regimenter Nr. 124, 125, 126; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 246, 248, 1. und 4. Landw.-Escadr. Feldart.-Regimenter Nr. 29, 49; 1. Feld-Pionier-Komp.; Sanitäts-Komp. Nr. 2; Armierungs-Bat. Nr. 59. Weitere Verluste. Verluste durch Krankheiten. Verzeichnis Nr. 3 der aus England zurückgekehrten Austauschermundeten, zugleich Verzeichnis der früheren Verlustliste. Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis (III. Abtheilung, Friedrichshald) 3. Abtheilung: Mittwoch, den 8. März, bei Rathmann, Wilhelmstr. 118. — 4. Abtheilung: Donnerstag, den 9. März, bei Krüger, Jerusalemstr. 63.

Wahl-Bund. Der Wahlabend fällt heute aus und findet am Mittwoch, den 15. d. Mts., statt.

Frederodorf-Petershagen. Heute Abend 8^{1/2} Uhr gemeinschaftlicher Wahlabend bei Kirchner am Bahnhof. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Gemeindevahlen. — Ausstellung der Kandidaten in beiden Orten.

Kaustdorf-Biesdorf. Heute Abend 8^{1/2} Uhr findet der Wahlabend für beide Orte in Biesdorf bei Wille (Schüler-Säle), Königsstr. 120 statt.

Weißensee. Der Wahlabend fällt wegen der in nächster Woche stattfindenden Verlamung aus. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-Ch. Heute Wahlabend in folgenden Lokalen: Bezirk 1, 2, 3a bei Franke, Rajahofstr. 106; Bezirk 3, 3a, 4 bei Koller, Thamer Str. 8; Bezirk 5, 6 bei Bolten, Gesellschaftstr. 42; Bezirk 8, 9, 10 bei Goerick (Tanne), Nordbahnstr. 11.

Jugendveranstaltungen.

Sichtenberg. Sonntag, den 12. März, abends von 7 bis 9 Uhr, findet im Restaurant Café Bellevue, Hauptstr. 2, ein Lichtbildvortrag: „Wenn wir wandern“ statt. 1. In der Uckermark; 2. In der Provinz; 3. In der Provinz. Nach dem Vortrag Gesellschaftsbeisammeln. Eintrittskarten, Preis 20 Pf., sind zu haben im Jugendheim, Poststr. 22, abends von 7 bis 9^{1/2} Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Abends, 8. IV. 1914, von 6 bis 8 Uhr statt. Jeder für den Sprechstunde bestimmten Anfrage ist ein Enkafabe und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

R. 23. 59. Nach Verletzungen oder Krankheiten zurückgebliebene an d. a. u. r. e. d. e. S. h. a. d. e. eines größeren Gliedes; landwirthschaftlich. — 54. 2. G. Haben Sie 200 Markten geklebt, so haben Sie Anspruch auf Leistungen aus der Invalidenversicherung, da Sie 100 Pf. Beiträge geleistet haben. Sie können sich freiwillig weiter versichern. — B. 6. 11. 1. Bereits beantwortet. Mit ein Medikament gegen Gicht. 2. 6 Wochen vor Quartalschlus. — G. 6. 1. 1. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Anwesenheit innerhalb drei Tagen nach Eintritt der Stellung vorzunehmen. 2. Die Kasse ist verpflichtet, Ihnen die statutenmäßigen Leistungen zu gewähren; sie verlangt vom Arbeitgeber Geleit. — R. 2. 94. 1. Es liegt Injunctantestil vorantw.: Th. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

doch in Ihrem Interesse, wenn Sie auf Anberaumung des Termins vor Ihrer Einberufung dringen. 2. Der Antrag ist an das Amtsgericht des Bezirks, in dem Sie wohnen, zu richten. — W. 2. 1. Die Unterstützung wird nur an quibus geschiedene Ehefrauen gezahlt. Die Frau muß der Steuerlast davon Mitteilung machen. — R. 23. 33. 1. und 2. Rein. — R. 2. 58. Die Mutter müßte bei der Polizeibehörde Antrag auf Gewährung von Kriegselterngehalt stellen. Außerdem kann sie beim Erlaß-Bataillon des Regiments, von dem der jetzt in Gefangenschaft befindliche Sohn eingezogen wurde, einen Antrag auf Auszahlung der Pension stellen. — W. 2. 9. A. — R. 2. 50. Ueber 2000 Mark jährlich. — R. 3. 31. Wenn der Meister mit der Lösung des Lehrvertrages nicht einverstanden ist, kann die Lösung nur durch Klage vor dem Gewerbegericht bewirkt werden. Sie können nicht verpflichtet werden, die Zeit, in der Sie krank waren, nachzulernen. — R. 23. 1. Da die im Geleit vorgeschriebene Verbindlichkeit als vorliegend nicht anerkannt wird, kann die Unterstützung in Fortfall kommen. — R. 9. 13. Wenden Sie sich an die Gesundheitspolizei; wenn diese bestätigt, daß die Wohnräume sich in gesundheitlichem Zustande befinden, können Sie auf Lösung des Vertrages klagen. — W. 6. 100. Die Unterstützung wird nicht nachgezahlt. — Landwirth 37. 1. Der Mann müßte sich von seinem Arbeitgeber reklamieren lassen. 2. Die Bezeichnung kennen wir nicht. — R. 2. 23. Ihre Mitteilung über die niedrige Bezahlung haben wir der zuständigen Stelle weitergegeben. Ihre Anrede aus der Invalidenversicherung sind erledigt. Sie müssen jetzt erst wieder 200 Markten geklebt haben. — W. 2. 1000. 1. A. 2. An den betreffenden Truppenli. 3. Rein. — W. 2. 7. Stellen Sie unter Einreichung des Unterstützungsgesuchs, den Ihnen Ihr Sohn einreichen muß, bei der zuständigen Steuerbehörde Antrag auf Unterstützung. — G. 8. 99. Das Testament braucht nicht gerichtlich festgestellt werden, es muß aber vom Testator eigenhändig ge- und unterschrieben sein und Ort und Datum enthalten. Die Namensunterschrift muß aber unter dem Datum stehen. — T. 23. 26. Sie können dazu nicht verpflichtet werden, da eine bestimmte Abmachung darüber im Vertrage nicht vorgesehen ist. — W. 2. 37. 1.-3. In. 4. Bei dem von Ihnen angegebenen niedrigen Einkommen nicht. — R. 2. 3. In.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Hiemlich kalt und im südlichen Küstengebiet zeitweise heiter. In den anderen Gegenden überwiegend bewölkt mit weitverbreiteten, im Süden vielfach starken Niederschlägen.

Kaufmännische Schulen

der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin.

- a) **Handelschulen für Mädchen.** Weinmeisterstr. 16/17, Wilhelmshavener Str. 2/5, Schöneberg, Fourigstr. 57. Der Besuch der Schule befreit vom dreijähr. Pflichtschulbesuch. Ausbildung in allen kaufm. Fächern für eheim. Gemeindeglieder. Selekturse für Absol. v. Lyceen. Aufnahmeprüfung am 3. April 3 Uhr, in Schöneberg vorm. 9 Uhr.
- b) **Fachklassen für Mädchen.** Weinmeisterstraße 16/17. Ministeriell als Ersatz für die Pflichtschule anerkannt. Kaufm. und hauswirtschaftl. Ausbildung. 8 Wochenstunden.
- c) **Fortbildungsschule f. weibl. Angestellte.** Weinmeisterstraße 16/17. Unterricht in allen kaufmänn. Fächern, abends 8—10 Uhr.
- d) **Schule f. Maschinenschreib. für Mädchen.** Neue Friedrichstraße 55/56 III. Der Unterricht wird von 8^{1/2}—12^{1/2} und von 3—7 Uhr (dreimal wöchentlich bis 9 Uhr) erteilt.
- e) **Kaufmännische Fachschulen f. schulpflichtige Lehrlinge.** Auguststr. 21, Sophienstr. 18, Sebastianstr. 25, Inselstr. 2/5, Elisabethstr. 56/57, Gartenstr. 25, Stoglitzer Straße 8a. Der Besuch befreit vom Besuch der städtischen Pflichtschule. Außer den kaufmännischen Fächern auch Englisch und Französisch in 8 Wochenstunden. **Vor- u. Nachmittag-Unterricht.**
- f) **Versicherungsfachschule.** Dorotheenstraße 12.
- g) **Kaufmännische Abendschulen für junge Kaufleute.** Klosterstr. 74, Inselstr. 2/5. Sämtliche kaufmänn. Fächer und Sprachen, abends 7—10 Uhr.
- h) **Geschloss. höh. Handelskursus f. j. Kaufm. mit d. Berecht. zum einj. Dienst.** Klosterstr. 74. Ausbildung in sämtlichen kaufmänn. Fächern sowie Englisch u. Französisch, abends 8—10 Uhr. Nach Absolvierung Abschlussprüfung.

Beginn sämtlicher Kurse am 4. April. Auskunft täglich im Bureau der kaufmänn. Schulen, Burgstr. 25 II. von 9—3 Uhr sowie in den Schulen selber. Der Direktor Dr. Knörk.

Ein grauer Kopf

macht 10 Jahre älter! Ergrante Haare erhalten sofort ihre ursprüngl. schöne Farbe echt und naturgetreu wieder durch mein garantiert unschädl. „Alcolor“. Herr C. R. in Harrowa (Rumän.) schreibt: „Senden Sie mir gef. wieder 1 Fl. von Ihrem wirkw. wunderbaren Haarfärbemittel“. — In jeder Nuance Karton 3 M. u. 3 M. — Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

Arbeitermöbel

Rafter der Kommission für norddeutsche Arbeiterwohnungen, sowie weitere Ein-, Zwei-, und Drei-Zimmerwohnungen.

Dibbelt & Rothe, Möbelfabrik, Zeughofstr. 20. Gedruckt bis abends 7 Uhr im Fabrikgebäude.

Reuters Werte

3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts

Möbel-Gross

141 Große Frankfurter Straße 141
(Ecke Fruchtstraße, 5 Minuten v. Schloß. Bahnh.)

Möbel auf Teilzahlung

zu sehr billigen Preisen u. klein. Abzahlung.
Größte Rücksicht bei Arbeitslosigkeit und Krankheit.
Inserat mitbringen, Wert 5 M.

Sonnabends 12—2 geöffnet

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. H. Gabelsch, Adenstr. 174.
- O. Karl Weller, Petersburger Weg 4. R. Wengels, Markstraße 36.
- NO. 2. Jucht, Rammelsbüschstr. 12.
- N. H. Wolgast, Wallstraße 9.
- G. Fischer, Sakianstraße 6.
- Karl Wars, Breitenburger Str. 22.
- J. Könicke, Müllerstr. 34a.
- S. Vogel, Lerchinger Str. 37.
- NW. Salomon Joseph, Wilhelmshavener Str. 48.
- SW. G. Schmidt, Barmalder 42.
- S. Z. Preis, Vinsinger Str. 31.
- G. Lehmann, Kolbfuser Damm 8.
- SO. Paul Böhm, Laufgr. Weg 14/15.
- V. Horst, Ungerstr. 15.
- Adlershof. Karl Schwarzlose, Börsenstr. 23.
- Baumgartenweg. G. Pernig, Marienbader Str. 13, I.
- Borsigwalde. Paul Kienast, Mühlstr. 10.
- Charlottenburg. Gustav Schwarzner, Seidenweber Str. 1.
- Friedrichshagen. Ernst Werthmann, Köpenicker Str. 18.
- Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
- Johannisthal. Max Gönig, Parkstr. 23.
- Karlshorst. Hermann Billing, Dönhofsstr. 28.
- Köpenick. Emil Wähler, Siegelstr. 6, Laden.
- Lichtenberg I. Otto Zeitel, Gartenbergstr. 1.
- Lichtenberg II. H. Reintanz, Alt-Bogdang. 56.
- Neukölln. R. Heinrich, Redantz. 2. C. Rohr, Siegfriedstr. 26/29.
- Nieder-Schöneweide. Wilh. Hrusch, Brüdenstr. 10.
- Nowawes. Karl Großberg, Friedrichsbergstr. 27.
- Ober-Schöneweide. Alfred Sader, Wäldchenboschstr. 17, Laden.
- Pankow. Otto Rikmann, Wäldchenstr. 30.
- Reinickendorf. V. Gurlich, Brovingstr. 56, Laden.
- Schöneberg. Wilhelm Baumier, Martin-Luther-Str. 63 im Laden.
- Spandau. Schuhmacher, Breitestr. 64.
- Steglitz. G. Bernice, Alente. 5.
- Tempelhof. Joh. Krohn, Vorarlstr. 62.
- Treptow. Robert Gramenz, Steilbergstr. 412, Laden.
- Wilhelmssee. Gustav Rohkopf, Berliner Allee 11.
- Wilwersdorf. Paul Schubert, Wils-Imensee 27.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.